Infolge Kurzschlusses in der Druckerei und damit verbundenem größeren Maschinendefekt konnte unsere Sonnabend-Nummer nicht erscheinen. Deshalb heute Doppelnummer!

4. Jahrgang. Nr. 18/19.

Einzelnummer 1.— Mk.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Montag, 23. Januar 1922.

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Die Eisenbahner zum Kampf bereit.

Wir meldeten gestern, daß die Dresdener Eisenbahner der Regierung und dem Hauptvorstand des DEV. ein Ultimatum geschickt haben, in dem sie rückwirkend ab 1. September eine Stundenzulage von 3 Mark fordern. Sie seien bereit, zur Erreichung dieser Forderungen am 23. Dezember in den Streik zu treten.

Die Dresdener Eisenbahner stehen nicht allein. In einer von Tausenden besuchten Versammlung des DEV.-Berlin wurde verlangt, daß bei den Verhandlungen am 23. Januar auf der ursprünglichen Forderung, eine Stundenzulage von 4,30 Mark zu fordern, bestanden werden soll. Bei den Verhandlungen ist zumindest zu erkämpfen die Gleichstellung mit den Arbeitern in der Privatindustrie.

Der Vertreter des Hauptvorstandes, Reinhard, verteidigte unter lebhaftem Widerspruch ihre Stellungnahme. Bei der letzten Lohnbewegung habe sich insbesondere der ADGB. gegen die Forderungen der Eisenbahner gestellt, weil die Kosten der folgenden Tariferhöhung die Arbeiter im allgemeinen zu tragen haben. Dieser Darstellung wurde entgegengehalten, daß die Abwälzung der Steuern, der Lohnerhöhungen bei den Reichs- und Privatbetrieben erst verhindert werde durch die Erfassung der Sachwerte und die Kontrolle der Produktion und Preisbildung durch die Betriebsräte.

In der Diskussion wurde ferner hingewiesen darauf, daß nicht der Hauptvorstand, sondern nur die Streikleitungen berechtigt sind, den Streik abzublasen.

Dem Hauptvorstandsvertreter wurde weiter entgegengehalten, daß sich die Eisenbahner nicht leiten lassen können von außenpolitischen Momenten. Hunger und Elend kennen keine „vaterländischen" Bedenken.

Am Schlusse der von revolutionärem Geist erfüllten Versammlung wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 17. Januar 1922 im Saale der Bötzow-Brauerei tagende Mitgliederversammlung des DEV., Ortsgruppe Groß-Berlin, erkennt, daß durch das Verhandeln mit der Regierung nichts herauskommt, was wir als Arbeiter und Beamte zu fordern haben. Aus diesem Grunde kommen wir zu dem Entschluß, daß nur der

Generalstreik der Eisenbahner

die einzige Antwort auf dieses Verhandlungsergebnis sein kann. Wir fordern den Hauptvorstand und die Ortsverwaltung auf, sofort alle diesbezüglichen Schritte zu unternehmen. Wir verpflichten uns, für die Forderung der sozialen und wirtschaftlichen Besserstellung sofort in den Kamp fzu treten."

Streik der Leipziger Straßenbahner.

Die Leipziger Straßenbahner sind seit heute morgen in den Streik getreten. Sie fordern zu dem bestehenden Stundenlohn von 8,50 Mark 4 Mark Zuschlag. Schon seit Wochen werden die Verhandlungen geführt, ohne daß sich der Arbeitgeber-Verband zu irgend einem Zugeständnis bequemt.

Süddeutsche Holzarbeiteraussperrung.

Die Verhandlungen in der Holzindustrie über eine von den Arbeitern geforderte 50 prozentige Lohnerhöhung sind endgültig gescheitert. Die Arbeitgeberverbände Württembergs und Badens haben wegen des ausgebrochenen Streiks die Aussperrung über sämtliche Betriebe verhängt.

Die schlesischen Holzarbeiter vor dem Kampf.

Eine Versammlung der Breslauer Holzarbeiter beschäftigte sich mit den in letzter Zeit geführten Lohnverhandlungen. Mit 1089 gegen 31 Stimmen wurde beschlossen, sofort in den Streik zu treten, wenn bei den heute in Hirschberg geführten Verhandlungen die Forderungen der Holzarbeiter nicht befriedigt werden.

Hungerstreik der politischen Gefangenen in Hamburg.

Die im Hamburger Zuchthaus und Gefängnis inhaftierten Genossen werden am Montag, den 23. Januar, in den Hungerstreik treten.

Am 24. Dezember haben die politischen Gefangenen des Zuchthauses Lichtenburg sich an die Arbeiter aller Parteien gewandt. In dem Aufruf hieß es:

Wir sehen ein, daß für uns nun nichts anderes übrig bleibt, als wie den Schritt vom November erneut, diesmal bis zur äußersten Konsequenz zu gehen. Wir haben beschlossen, am 22. Januar in den Hungerstreik zu treten und fordern alle in den Zuchthäusern schmachtenden Genossen auf, sich uns anzuschließen. Wir fordern von der Regierung sofortige Haftentlassung, wir haben unsere Strafe verbüßt.

Wir werden vom 10. Tage auch die Aufnahme von Wasser verweigern.

Wir bitten Euch alle inständig, mit unserem Schritt in den Tod nicht zu lästern, indem Ihr ihn benutzt, um Euch gegenseitig herunterzureißen, heute wie ehedem ist es unsere eigene Initiative, die uns so handeln heißt. Wir erwarten nicht von den einzelnen Parteien, sondern von der arbeitenden Klasse Deutschlands Solidarität und Hilfe.

Versagt Ihr sie uns, werden wir zu Eurer Schande zu sterben wissen.

Es lebe die Rebellion!

Lichtenburg, den 24. Dezember 1921.

*

Die proletarischen Klassenkämpfer, die hinter Zuchthausmauern zugrunde gehen, erwarten Hilfe vom gesamten Proletariat. Sie, die sich für ihre Klassengenossen uneigennützig und selbstlos einsetzten, erwarten, daß sich ihre Klassengenossen für sie einsetzen.

Es ist dringende proletarische Pflicht der Arbeiter aller Parteien, eine bedingungslose Amnestie aller inhaftierten Proletarier und Kämpfer zu erzwingen.

Deutschland muß zahlen. Poincarés Sieg.

Der Nachfolger Briands, Poincaré einer der nationalistischsten Kriegshetzer hielt am Donnerstag seine Programmrede. Als er die Kammer betrat, klatschte ihm die Rechte und das Zentrum Beifall, während Sozialisten und Kommunisten riefen: Nieder mit dem Krieg.

Poincaré betonte in seiner Rede, daß er sich nur leiten lasse davon, daß Deutschland seine Verträge einhalte. Deutschland verschleudere systematisch seine staatlichen Mittel. Es zahlt weniger Steuern. Es gibt Massen von Papiergeld aus, fördere dadurch seine Ausfuhr und behindere die Industrien der Entente. Die Gesellschaften bezahlen riesige Dividende, die die Regierung nicht erfasse.

Die Unterschrift unter dem Versailler Vertrag sei im Namen der deutschen Nation gemacht und Frankreich muß nicht nur aus rechtlichen Gründen, sondern vom Selbsterhaltungstrieb geleitet auf Erfüllung bestehen. Frankreich darf sich die Hände nicht binden lassen, um auf Deutschland genügend Druck auszuüben.

Die Konferenz in Genua werde Frankreich beschicken. Es verlange aber, daß nur wirtschaftlich-finanzielle Maßnahmen besprochen werden.

Als letzter in der Debatte sprach der Kommunist Marcel Cachin. Er erinnerte daran, daß in Genua das kommunistische Rußland gleichberechtigt am Konferenztisch sitze. Er hielt Poincaré den Spiegel seiner 1914 mit dem russischen Botschafter Iswolski getriebenen Kriegspolitik vor. Alles Abstreiten und alle Gelbbücher werden von Poincaré und seinem Anhang das Odium der Kriegshetzer nicht abstreifen.

Die Tagesordnung [illegible] wurde mit 472 gegen 107 Stimmen angenommen.

Auslands-Politik der Woche.

Neue Krise in Washington. — Amerikanischer Erpressungsversuch an Frankreich. — Englands Schwierigkeiten nach Briands Sturz. — Die schlechte Regie Lloyd Georges und Rathenaus. — Was wird Poincaré tun? — Genua, Sowjetrußland und das Weltproletariat.

A. R. Briands dramatischer Rücktritt hat nicht nur die Konferenz in Cannes hochfliegen lassen, er hat scheinbar auch die Seifenblase von Washington zum Platzen gebracht. Erneut wird versichert, und zwar von amtlicher Seite, daß die Mehrheit des amerikanischen Senats die in Washington beschlossenen Verträge nicht ratifizieren wird. Der Sturz Briands hat plötzlich die Tatsache beleuchtet, daß Frankreichs Kapitalistenklasse nicht mit den angelsächsischen Mächten, sondern gegen sie ihr Heil sucht. So ist die amerikanisch-französische Freundschaft, die in den letzten vier Jahren so oft in hochlyrischen Tönen gepriesen wurde, peinlich abgekühlt. Der einflußreiche amerikanische Senator Mac Cormick hat einen Antrag eingebracht. Danach soll die amerikanische Regierung Bericht erstatten über die Finanzlage der europäischen Mächte, die Amerika Geld schuldig sind, und besonders über den Einfluß, den die militärischen Rüstungen dieser Staaten auf ihre Finanzverhältnisse ausüben. Das ist deutlich genug. Im April d. J. läuft die Stundungsfrist ab, die Amerika seinen europäischen Schuldnern gestellt hat. Ein Hauptschuldner Amerikas ist aber Frankreich. Der Antrag Mac Cormick bedeutet also, daß den Franzosen gesagt wird: Wenn Ihr so viele Tanks und U-Boote bezahlen könnt, dann bezahlt gefälligst auch Eure Schulden an die Vereinigten Staaten. Es ist pure Heuchelei, wenn Amerikas öffentliche Meinung ihren Unwillen gegen Frankreich damit begründet, daß die Franzosen zu militaristisch seien. Sondern in Amerika sieht man erstens, daß England auf eine selbstständige Weltpolitik verzichtet hat und sich in die Rolle eines Vasallen der Vereinigten Staaten hineingefunden hat, deshalb entspricht es den Interessen Ametikas, England gegen Frankreich zu stützen. Zweitens sieht Amerika, wie die Franzosen sich unter der Hand mit Japan einlassen und so wollen die amerikanischen Kapitalisten den Franzosen zeigen, daß sie mit sich nicht spaßen lassen. Im März ist die Konferenz in Genua. Wenn Frankreich sich dort nicht zahm benimmt, kommt der April, und Amerika präsentiert seinen Wechsel. Der Antrag Mac Cormick ist also eine kleine politische Erpressung, aber es ist zweifelhaft, ob sie ans Ziel gelangt.

* * *

Der Grundgedanke des Washingtoner Vierbundes sollte sein, daß England und Frankreich gemeinsam einen Zusammenstoß zwischen Amerika und Japan verhüten. Diese Idee sollte helfen, dem kapitalistischen Weltsystem eine Galgenfrist zu gewähren, während der ein neuer bewaffneter Riesenkampf zwischen den Großmächten vermieden werden sollte. Wenn die Dinge sich so weiter entwickeln, wie in den letzten Tagen, wenn Frankreich sich von England und Amerika loslöst, wenn auf der anderen Seite Japan jedes Zugeständnis in der chinesischen Angelegenheit ablehnt, wenn weiter Japan und Frankreich als natürliche Verbündete sich finden — so steht eine politische Weltkatastrophe nahe bevor. Es ist begreiflich, daß die Engländer, die gegenwärtig einen neuen Weltkrieg nicht brauchen können, alles aufbieten, um diese Konsequenzen zu vermeiden. Das ist der Sinn der gegenwärtigen englischen Politik. Auf der einen Seite droht man den Franzosen mit dem großen Bruder aus Amerika, und auf der anderen Seite sucht man sie durch Zugeständnisse zu besänftigen. Es wird immer deutlicher, daß Briands so überraschend schneller Fall wesentlich durch einen Regiefehler Lloyd Georges herbeigeführt worden ist. Der Bündnisvertrag zwischen England und Frankreich, wie Lloyd George ihn vorschlug, kommt in der Form und in der Sache den französischen Wünschen sehr weit entgegen. Nach Briands Rücktritt ist der Entwurf veröffentlicht worden, und da wunderte man sich in Frankreich, wie so dieser Vertragstext Zwietracht zwischen den beiden Mächten säen konnte: „In Erwägung, daß der Boden Frankreichs zweimal in der Erinnerung des lebenden Geschlechts von einer deutschen In-

Heute beginnt die Werbewoche der KPD., Bezirk Schlesien!

Jeder Genosse stelle sich freiwillig seiner Ortsgruppenleitung für die Werbearbeit zur Verfügung!

schon heimgesucht wurde und jetzt noch schwer unter der Verwüstung leidet, die ihm der Feind zugefügt hat, — in Erwägung, daß die Bevölkerung Frankreichs und ebenso die Bevölkerung des britischen Reichs einen schweren Tribut an Menschenleben und an Reichtümern haben leisten müssen, um die Invasion der deutschen Heere abzuwehren, — in Erwägung, daß die im Versailler Vertrag vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen nicht genügen usw. haben Seine Majestät der König von England und der Präsident der französischen Republik über folgende Punkte geeinigt: Art. 1. Im Falle eines direkten, nicht provozierten Angriffs auf das französische Gebiete seitens Deutschlands wird sich England sofort mit seinen maritimen, militärischen und Luft-Streitkräften Frankreich zur Seite stellen usw." Angesichts dieses Vertrages fühlt sich die Pariser Kapitalistenpresse Briand gegenüber etwas schuldbewußt. Man gesteht ein, daß der Ministerpräsident Briand mit diesem Text ein gutes Testament hinterlassen habe. Aber Lloyd George wollte vor den englischen Wählern als der große Erneuerer Europas auftreten. So hat er in der englischen Presse ein Triumphgeschrei anstimmen lassen über Erfolge, die er in Cannes gar nicht errungen hatte. Es wurde der Eindruck erweckt, als hätte Frankreich in der russischen wie in der deutschen Frage völlig nachgegeben. Und der englisch-französische Bündnisvertrag erschien als ein kleines Pflaster auf den Wunden, die Lloyd Georges Schwert den Franzosen beigebracht hatte. Deshalb hat sich Frankreichs öffentliche Meinung gegen Briands Bündnisidee empört. Man glaubte, daß Briand zu große Opfer gebracht habe, um diesen Vertrag zu erkaufen. Eine bessere Regie in Cannes hätte zwar nicht den englisch-französischen Gegensatz aus der Welt schaffen, aber vielleicht den Ausbruch der akuten Krise verhindern können. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß auch das Triumphgeschrei der deutschen Regierungspresse über Cannes mit dazu beigetragen hat, daß Briand zu Fall kam. Das Echo, das aus London, Berlin usw. herüberscholl, machte die Pariser Politiker so nervös, daß sie Briand davonjagten. Schlechte Regie, Herr Rathenau!

Herr Poincaré hat seine Karten noch nicht aufgedeckt. Er wird versuchen, den englisch-französischen Bundesvertrag trotz allem unter Dach zu bringen, und dank der starken moralischen Deckung durch den nationalen Block von England noch extra Zugeständnisse zu erzwingen. Auch in England empfehlen einflußreiche Politiker, trotz aller Mißstimmung über Frankreichs Seitensprünge, die glatte Unterzeichnung des englisch-französischen Bundes gegen Deutschland. Sie denken damit die Franzosen noch am ehesten festzuhalten und die Washingtoner Idee zu retten. Von der Geschicklichkeit der englischen Diplomatie wird es abhängen, ob im März auf der Konferenz in Genua Sowjetrußland das Weltkapital scheinbar geschlossen oder offen zerklüftet sich gegenübersieht. Von der Geschlossenheit des Weltproletariats wird es abhängen, wie stark die Delegierten der Sowjetmacht in Genua auftreten werden.

Politische Übersicht.

Der Schuposkandal.

Unter diesem Titel beschäftigt sich im „Tag" ein Artikel mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Schupobeamten. Diese Bestrebungen der Schupobeamten sind allen Reaktionären ein Dorn im Auge und die reaktionäre Presse ruft die deutsche Volkspartei in der preußischen Regierung mit drohender Gebärde auf, Ordnung zu schaffen und die Schupo „schlagkräftig" zu machen. Darunter versteht man natürlich die Bereitschaft, wie bei früheren Gelegenheiten, Arbeiter niederzumetzeln und gegenrevolutionäre, antirepublikanische, militaristische Arbeit zu verrichten. Durch die Schrader'schen Berufsverbände ist in der Schupo in letzter Zeit ein mehr republikanisch und gewerkschaftlich gerichteter Geist eingezogen, wenn auch die reaktionären Elemente in den Reihen der Beamtenschaft (von den höheren Vorgesetzten ganz zu schweigen) noch keineswegs genügend zurückgedrängt oder überwunden sind. Ein Polizeioffizier vom alten Regiment, dessen Name in echt preußischer Mannhaftigkeit tapfer verschwiegen wird, schüttet in einem Brief dem „Tag" sein Herz aus, daß kein genügender Verlaß mehr auf die Willfährigkeit der Schupobeamten gegenüber konterrevolutionären Wünschen vorhanden ist. Es seien unter den Beamten viele Anhänger der USPD. und auch der KPD. und KAPD. Dieser weißgardistische Offizier fürchtet, daß es bei einer Machtprobe gegen die USPD., womit er natürlich nichts anderes meint als einen Generalsturm gegen das Proletariat, den Vorgesetzten nicht mehr gelingen könne „ihre" Beamten zum Eingreifen zu bringen. Beruflichen und gewerkschaftlichen Zusammenschluß nennt dieser offenkundig monarchistische Gegenrevolutionär „Verhetzung durch die von den Radikalen, hochbezahlten Agitatoren in den Kasernen." Er spricht von „berüchtigten Persönlichkeiten", die Mitgliedsbeiträge einsammeln, Unruhen stiften und gegen die Offiziere hetzen. Daß er die Schupo nicht als republikanische Schutzwehr, sondern als militaristische Kampftruppe ansieht, erkennt man schon daraus, daß er sich gegen die selbstverständliche Forderung der Entmilitarisierung wendet und keine Entlassung aktiver Offiziere dulden will. Ohne schwere Disziplinarstrafen, wie also z. B. an den Pfahl binden und ähnliche kasernenmäßige Erziehungskuren, kann er sich kein Verhältnis von Vorgesetzten zu Unterbeamten denken. Aber die weißgardistischen Putschisten und Arbeiterfeinde werden sich schon daran gewöhnen müssen, daß auch in der Schupo ein neuer Geist erwacht. Es nützt nichts, hemmt die Bewegung keineswegs wenn dabei gewerkschaftliche und republikanische Gesinnung von den Vertretern des alten Systems bereits als revolutionärer Kommunismus gefährlich angerüchigt wird.

Mord, Geld und Hochverrat.

Vor einiger Zeit wurde in der Presse eine Anzahl oberschlesischer Adliger beschuldigt, die Geldgeber des Korps Oberland und der darin bestehenden Mordorganisation zu sein. Erst wurde natürlich frisch drauflos geleugnet. Nunmehr hat aber der Oberstaatsanwalt gegen Graf Praschma, Graf Sierstorpff und gegen die Gräfin Saurma-Jeltsch das Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats eingeleitet. Schlesischer Hochadel, Industriemagnatentum, Erzberger-Mord und Gegenrevolution bilden hier ein Dickicht, durch das, wie wir glauben, kein Oberstaatsanwalt und kein Reichsgericht durchdringen wird. Hier ist ein Sumpf trocken zu legen und diese Herkulesarbeit wird nur das Proletariat selbst vollbringen.

Dazu läßt sich die „Schles. Volkszeitung" aus Berlin melden:

Wie wir zu der Angelegenheit aus dem Justizministerium hören, ist dort von einem Ermittelungsverfahren wegen Hochverrats nicht das geringste bekannt. Man hält auch ein solches Verfahren für sehr unwahrscheinlich. Sollte überhaupt ein Verfahren notwendig sein, so kämen höchstens andere Paragraphen in Betracht, und zwar insbesondere die wegen Geheimbündelei.

Man sieht daraus, daß die Justiz gegen adlige Verbrecher recht rücksichtsvoll ist. Es sind eben keine Kommunisten.

Gegen Steuerkompromiß und große Koalition.

Die Berliner Arbeiterschaft nahm in großen überfüllten Versammlungen Stellung zu dem Steuerabzug der Regierung. Ganz besonders stark war die Erbitterung gegenüber der SPD. und dem ADGB. Die SPD. sucht die unter den nichtigsten Vorwänden die Erfassung der Sachwerte hinauszuzögern, oder ganz zu verhindern. Gemeinsam mit dem ADGB. und die USPD. setzen sie Kommissionen ein, die sich dann von der Rede des Reichskanzlers, wonach die Erfassung der Sachwerte an der technischen Einrichtung der Finanzämter scheitern müsse, über den Haufen werfen lassen.

Die Versammlungen verlangten überall schärfsten Kampf zur Durchführung der 10 Punkte der ADGB., Loslösung der Arbeiterparteien von der Koalition mit dem Bürgertum und schärfster, einiger Kampf des gesamten Proletariats.

Schlesische Rundschau.

Wie Breslau das Wohnungselend bekämpft.

Wir mußten uns schon wiederholt mit dem Breslauer Wohnungsamt beschäftigen. Oft — zu oft kommen Klagen der Wohnungsuchenden über das Geschäftsgebahren des Wohnungskommissars. Nicht nur, daß Schreiben wochenlang unbeantwortet bleiben, Beschwerden und Nachweisungen von Wohnungsschiebungen werden anscheinend garnicht beachtet. Breslau ist die Stadt, die den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, das größte Wohnungselend und die meisten Wohnungslosen zu haben. Es ist klar, daß die Lösung der Wohnungsfrage in Breslau am unglücklichsten und in der ungeschicktesten Art und Weise in die Hand genommen wird. Die Sozialdemokraten sagen immer, sich berufend auf den alleinseligmachenden Parlamentarismus, wenn wir erst die Mehrheit haben, dann wird's bestimmt besser. Nun, sie haben im Breslauer Stadtparlament die absolute Mehrheit und das Resultat? Das Wohnungselend ist in keiner Stadt so groß, als in der Stadt mit der sozialdemokratischen Stadverordneten-Mehrheit. Das liegt zum nicht geringen Teil an der Unfähigkeit des Breslauer Wohnungsamtes.

Uns wird heut wieder ein Fall mitgeteilt, der typisch ist, wie in Breslau die Wohnungsnot bekämpft wird. In dem Hause Anderssenstr. 40 hatte der Besitzer eine Wohnung verschoben. Auf Beschwerde eines Wohnungsuchenden, der infolge der Demobilmachungsbestimmungen 1919 von Danzig nach Breslau übersiedeln mußte, hier keine Wohnung fand und mit seiner Familie seither ein einfenstriges kleines Zimmer bewohnt, wurde die verschobene Wohnung beschlagnahmt. Die Wohnung wurde geräumt und steht nun seit Wochen leer. Der Hauswirt hat die Fenster verhängen lassen und es geht das Gerücht um, daß die Tochter desselben, die sich in den nächsten Monaten verheiraten will, als Wohnungskandidatin vorgesehen sei. !!)

Trotzdem sich der beschwerdeführende Wohnungslose wiederholt an das Wohnungsamt gewandt hat, wird in dieser Sache nichts veranlaßt. Der Wohnungskommissar teilte vor längerer Zeit mit: „Ich werde nun aber weiteres veranlassen und erhalten Sie bei gegebener Zeit Bescheid." — Der Mann wartet heut noch auf Bescheid. Die Sache steht also so: Der Wohnungsuchende (der eine widerrechtlich bewohnte Wohnung fand) haust mit Familie immer noch in dem kleinen, einfenstrigen Zimmer — die Wohnung steht leer — und der Wohnungskommissar tut nichts.

So sieht in Breslau die Bekämpfung der Wohnungsnot aus.

Ein im Klassenkampf grau gewordener Kämpfer.

So zu lesen in der „Schles. Bergwacht" Nr. 14 vom 17. Jan. Auf das Niveau der Bergwacht herabzusteigen bringe ich nicht fertig und sich mit diesen Drecksseelen auseinander zu setzen ist einfach unmöglich. Bereits seit einigen Wochen war mir bekannt, daß die SPD. in Waldenburg bei ihren Parteifreunden in meiner Heimat Erkundigung eingezogen hatte über meine Person, ich war schon darauf gefaßt, daß es bald losgehen würde mit Dreck zu werfen.

Wie kommt die „Bergwacht" zu dieser Ueberschrift; in einer öffentl. Versammlung in Neustadt O.-S. sprach Frau Anjorge. In der freien Aussprache meldete ich mich zum Wort, nachdem ich etwa 20 Minuten gesprochen, wollte der Gauleiter vom Fabrikarbeiterverband mir das Wort entziehen lassen. Bei den Zwischenbemerkungen, die nun folgten, erging sich Frytsch in den möglichsten Kraftausdrücken; er sagte, wir seien alle junge Bengels, und dann kam das bekannte Loblied und Aufzählen der Mitgliedsjahre seiner eigenen Person. Daraufhin gebrauchte der Neustädter Genosse obige Worte in bezug auf mich. Jetzt nimmt die „Bergwacht" die erwünschte Gelegenheit mir eins auszuwischen; daß sie aber in ihrer Wut daneben gehauen hat, werde ich beweisen. Beweisen genau so wie im Metallarbeiterverband, wo die Arbeiter der SPD. alle anerkannt haben, daß mein Auftreten sich sehr vorteilhaft von dem ihrer eigenen Genossen abhob.

Die „Bergwacht" hebt hervor, Mecher war Kassierer in einem evangelischen Jünglingsverein. Sie vergißt aber zu sagen daß dies 1892 also vor 30 Jahren war. Ich kenne hier Sozialdemokraten und Führer, die heute noch, nach ihren eigenen Aussagen, Mitglied von evang. und kath. Vereinen sind. Aber was ich damals als eben aus der Schule entlassener Bursche getan, das muß heute der Arbeiterschaft erzählt werden.

Dann wird aufgetischt, daß ich erst seit 1911 im Deutschen Metallarbeiter Verband sei, also reichlich 10 Jahre Mitgliedschaft genügen nicht, um Gnade vor den Augen der alten bewährten Führer zu finden. Warum verschweigt die „Bergwacht", daß ich einige Jahre dem Vorstand des Gewerkschaftskartells angehörte, ebenso der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, daß ich einer der 8 Delegierten auf dem Gewerkschaftskongreß 1919 in Nürnberg war.

Die „Bergwacht" lügt, indem sie behauptet, ich sei als Betriebsrätesekretär entlassen worden. Solange sie nicht in der „Bergwacht" das Schreiben, worin dies steht, veröffentlicht, behaupte ich, daß sie bewußt und wider besseres Wissen diese Verleumdung verbreitet. Ich kenne unsere Chemnitzer SPD. zu genau, ich weiß, daß wir uns wohl bekämpften, aber diese Lüge haben sie nicht nach Waldenburg geschrieben. Also heraus mit dem Wisch, wenn ihr keine Lügner seid!

Weiter entrüstet sich die „Bergwacht" darüber, daß ich Anzeige erstattet habe, wegen einer Schwarzschlachtung im Volkshaus. Wie lagen die Dinge zu jener Zeit, 1919 war das Fleisch so knapp, daß die Arbeiter meist nur einmal in der Woche Gefrierfleisch bekamen. Damals haben die Arbeiter einen erbitterten Kampf gegen Wucher und Schleichhandel geführt. Auf den Hauptstraßen wurden Posten der Einwohnerwehr aufgestellt, jedes Auto, jedes Fuhrwerk wurde angehalten und manchen Zentner Schleichhandelsware erbeutet. War es da nicht Pflicht auch dort zuzugreifen, wo man es nicht erwarten durfte. Die Behauptung, ich hätte selbst von dem Ochsen mitgegessen, ist ebenso erlogen, wie die Behauptung, ich sei entlassen worden.

Ich durfte ja hier schon mehrmals Zeuge sein, wie führende Genossen der SPD. in geradezu häßlicher Weise selbst gegen eigene Genossen kämpfen. Ich erinnere an Juliusburger in Gottesberg, der den eigenen Parteigenossen in öffentl. Stadtverordnetensitzung als Denunzianten hinstellte. Auch in der Metallarbeiter-Generalversammlung in Waldenburg wurde solch ein widerliches Schauspiel geboten. Auf diese Weise werdet ihr mich nicht kennen lernen; aber solange wie ihr den Brief, der den Satz enthält, ich sei als Betriebsrätesekretär entlassen worden, nicht veröffentlicht, seid ihr elende, traurige Verleumder."

Wie der Arbeitermangel auf dem Lande aussieht.

Wie uns aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, haben die Junker im Kreise Haynau 238 Landarbeiterfamilien auf die Straße gesetzt, die jetzt arbeitslos sind. Und nun, o welche Ironie, haben diese Junker 600 polnische Wanderarbeiter angefordert! Warum wohl? Weil diese auf Grund des neuesten Landarbeitertarifes nur 145,— M. bis 160,— M. einschließlich Deputats als Wochenlohn erhalten. Die Junker sparen dabei auch an Wohnungen, weil sie diese Ausbeutungsobjekte wie die Schafe in einen „Wohnraum" sperren. Dazu sind die Ausländer, und die Junker können sie im Falle der Begehrlichkeit als „lästig" abschieben.

Die Landarbeiter dürfen aber nicht etwa die ausländischen Arbeiter als ihre lästigen Konkurrenten betrachten, sondern sie müssen sie in ihre gewerkschaftliche Organisation aufnehmen und gemeinsam kämpfen gegen die Junker. Sie sind genau so arme Proletarier wie die deutschen Arbeiter. Übt Solidarität!

Wir stellen aber hiermit gleichzeitig fest, daß die Entschuldigung der Junker für den Rückgang der landwirtschaftlichen Güterproduktion eine faustdicke Lüge ist, wenn sie dies auf den Arbeitermangel abschieben. Hier ist es nicht nur die Aufgabe des D.L.V., sondern aller freien Gewerkschaften, die Front zu schließen und den Landarbeitern die Unterstützung des Industrieproletariats zuteil werden zu lassen.

Die Profitsucht der Junker.

Von den Junkern wird in öffentlichen Versammlungen und in der Presse bestritten, daß sie während des Krieges und nachher das Brennverbot für Kartoffeln durchbrochen hätten. Wir sind in der Lage, folgendes zu berichten:

In Aslau, im Kreise Bunzlau, hat ein Leutnant v. Tamm ein Gut von 1000 Morgen. Vor zwei Jahren war dort ein Streik ausgebrochen. 50 Morgen Kartoffeln warteten noch der Ernte. Der Junker bewilligte nicht, weil durch den eingetretenen Frost er die Kartoffeln verbrennen ließ und durch den Streik ein Geschäft gemacht hatte. —

Wir nageln diesen Fall fest, um die „Vaterlandsliebe" der Junker ins rechte Licht zu setzen.

Aus der Partei.

Bekanntmachung der „Roten Hilfe".

Anläßlich der Märzkämpfe um das Leunawerk ist vermißt der Arbeiter Hermann Puppe, geboren 13. März 1899, bisher wohnhaft in Halle. Alle deutschen und ausländischen Parteiorganisationen werden aufgefordert, dem Bezirkskomitee der „Roten Hilfe", Halle a/S., Lerchenfeldstr. 14, sofort Mitteilung zu geben, wenn sie über den Verbleib des Gesuchten etwas erfahren können. Die ausländischen Organisationen werden ersucht, in den Internierungslagern ihres Landes Nachforschungen nach deutschen Flüchtlingen anzustellen.

Achtung! Ortsgruppe Marklissa.

Wir geben hiermit unseren Genossinnen und Genossen bekannt, daß ab 1. Februar die „Schlesische Arbeiterzeitung" nicht mehr bei Genossen Seile, sondern bei Genossen Werkmeister Engelbert Krause, Schützenstraße 217, Marklissa, zu bestellen ist, dem die Zeitungen vom Verlag übersandt werden. Sollte Genosse Krause bei Bestellungen nicht anzutreffen sein, dann bitten wir jeden anderen Genossen der Ortsgruppe mit der Weiterleitung der in Frage kommenden Bestellung an Genossen Krause zu beauftragen. Gleichzeitig bitten wir, alle Genossen, Leser und Interessenten in der heute beginnenden Werbewoche lebhaft für die kommunistische Idee zu wirken und sich der Ortsgruppenleitung für Werbearbeit zur Verfügung zu stellen.

Ortsgruppenleitung.

Kommunistische Internationale.

Parteitag der österreichischen Kommunisten.

Der Parteivorstand der Kommunisten Oesterreichs hat für den 25. März den Parteitag nach Wien berufen. Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Bericht des Parteivorstandes.
2. Die Weltlage und die kommunistische Internationale.
3. Die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Partei Oesterreichs.
4. Die Organisationssatzungen der Kommunistischen Partei Oesterreichs.
5. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Neues vom Tage.

Der Stand der Preise für die Festungshaft.

In Deutschland haben die weisen Staatsanwälte eine höchst interessante Entdeckung gemacht: Wenn du im Kerker sitzt — sollst du für dieses Vergnügen auch zahlen. Ein Arbeiter aus Mühlheim hatte wegen Flugblattverteilung eine drakonische Strafe von sechs Monaten Festung erhalten. Doch gab sich damit die weise Justiz nicht zufrieden. Nach Verbüßung der Strafe ging dem Arbeiter folgende Kostenrechnung zu:

„Gebühren 75 Mark; Zeugengebühren 30 M.; Kosten Festungshaft vom 30. 4. bis 11. 5. 21 154 M.; Kosten Festungshaft vom 11. 5. bis 30. 10. 21 2422 M."

Zahlbar innerhalb acht Tagen.

2681 M. innerhalb acht Tagen für die sechs Monate Festungshaft zahlen! Diese eigenartige „Hotelrechnung" wird der inzwischen arbeitslos gewordene Arbeiter nicht bezahlen können. Was kümmert aber das den Herrn Staatsanwalt? — Neuerdings hört man sogar, daß private Geldsendungen für Gefangene, die ihnen zur Erleichterung ihres schweren Loses von Verwandten und Freunden gelegentlich übersandt werden, der staatsanwaltlichen Beschlagnahme „für Kostenzwecke" anheimfallen.

Welche Männer in Sowjet-Rußland Minister werden.

Der neunte Allrussische Rätekongreß hat neulich beschlossen, den Posten des Volkskommissars für Landwirtschaft einem echten Bauern anzuvertrauen, der die Bedürfnisse des flachen Landes gründlich kennt. Jetzt ist zu diesem Posten der Bauer Jakowenko ernannt worden. Ein Sohn sibirischer Bauern, hat doch der neue Volkskommissar bis zum Kriege den Boden selber bearbeitet. Als er von der Front als Bolschewik zurückkehrte, wurde er im Amtsbezirk zum Vorsitzenden des Sowjets gewählt. Unter der Herrschaft Kolschak war er im nordsibirischen Urwald, wo er Freischärler-Abteilungen vermehrte, die bald zu einer mächtigen Bauernarmee von 50 000 Mann anwuchsen, mit welchen er mehreren weißgardistischen Divisionen Widerstand leistete. Jakowenko wurde in der Folge Vorsitzender des Vollzugsausschusses des Gouvernements Sowjets und beschäftigte sich besonders mit der landwirtschaftlichen Frage. Der neue Volkskommissar, der die Verhältnisse des flachen Landes gründlich kennt, ist das Sinnbild der über die Bourgeoisie zum Herr gewordenen Bauernschaft.

Ein Schildbürgerstreich der deutschen Ostmesse in Königsberg.

Während alle Welt sich gegenwärtig bemüht, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Osteuropa wieder in Gang zu bringen, hat das Meßamt in Königsberg mit folgendem Schreiben die Erzeugnisse des Berliner Viva-Verlages von der deutschen Ostmesse ausgeschlossen, ohne Rücksicht darauf, daß gerade die Schriften des Viva-Verlages das Verständnis für Rußland in Deutschland ganz besonders fördern:

Königsberg Pr., den 14. 1. 22.

Titl. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten,
Berlin SW. 61, Blücherplatz 2.

Wir erhielten Ihr Schreiben vom 9. d. M. nebst Anmeldebogen für das Meß-Adreßbuch. Wie wir einem uns zugegangenen Verzeichnis der von Ihnen verlegten Bücher entnommen haben, handelt es sich bei Ihnen um die Ausstellung von Schriften politischen Inhalts, und wir bedauern sehr, Ihnen im Hinblick darauf mitteilen zu müssen, daß es uns nicht möglich ist, Ihnen hierfür einen Stand zu überlassen, weil wir politische Literatur jeder Art zu unserer Veranstaltung nicht zulassen. Wir können dies insofern nicht, als wir bisher infolge des beengten Raumes lediglich die Fachzeitschriften und Bücher derjenigen Geschäftszweige zur Ausstellung zugelassen haben, die auf der Ostmesse vertreten sind.

Wir bedauern unter diesen Umständen sehr, Ihnen den zugesagten Platz nicht überlassen zu können. Diesen Bescheid hätten wir Ihnen schon von vornherein gegeben, wenn Sie vorschriftsmäßig auf dem Anmeldebogen die Art der von Ihnen [illegible] Bücher genau bezeichnet hätten.

Meßamt Königsberg i. Pr.
(Kaufm. Abteilung.)
(Unterschrift unleserlich.)

Gewerkschafts-Bewegung.

Die Stettiner Metallarbeiter gegen die „Erfassungs-Kommission".

In einer außerordentlichen Generalversammlung der Stettiner Metallarbeiter wurde auch zu den zehn Forderungen des ADGB. und der neugebildeten „Kommission zur Erfassung der Sachwerte" Stellung genommen.

Gegen wenige Stimmen wurde folgende von unseren Genossen eingebrachte Resolution angenommen:

„Die am 12. Januar 1922 im Neuen Casino tagende außerordentliche Generalversammlung des DMV. (Groß-Stettin) stellt sich hinter die Entschließung des erweiterten Beirates vom 20. und 21. Dezember 1921 in Stuttgart: zu den Forderungen des ADGB. und des Afabundes.

Angesichts der fortschreitenden Verelendung der Arbeitermassen und der offenkundigen Absicht der herrschenden bürgerlichen Klasse, alle Lasten des Krieges und der Wiedergutmachung auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen, stellen die zehn Forderungen des ADGB. einen wirksamen Hebel dar, die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage breitester Volksschichten zu erkämpfen.

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß nur die geschlossene einheitliche Front der Arbeiterschaft einen Erfolg verbürgen kann, fordern die Metallarbeiter Stettins von ihren Instanzen den Beweis ihres ernstesten Bestrebens alle proletarischen Kämpfe zu geschlossenen einheitlichen Bewegungen gegen die Unternehmer zu erweitern und zu vertiefen.

Auf diesem Wege stellt die von dem ADGB. in Gemeinschaft mit der SPD. und USPD. unter Ausschluß der Kommunisten gebildete „Kommission zum Studium der Erfassung der Sachwerte" eine ernste Gefahr für die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung dar. Die Stettiner Metallarbeiter protestieren dagegen, daß ähnlich wie in der „Sozialisierungskommission" in der oben genannten Kommission der Kampfeswille der Arbeiter gelähmt werden soll."

Die Lohnbewegung in der schlesischen Textilindustrie.

Zur Beilegung der Lohnbewegung in der Reichenbacher Textilindustrie haben am 16. d. M. abermals Verhandlungen unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten in Breslau stattgefunden. Zu einem Abschluß sind diese vorläufig nicht gelangt. Man ist jedoch übereingekommen, die Verhandlungen demnächst fortzusetzen.

Keine Einigung in der Textilindustrie.

Die Verhandlungen in Breslau gescheitert.

Der Herbeiführung einer Beilegung im Konflikt in der Textilindustrie des Eulengebirges und Weistritztales galten neue Verhandlungen, die in Breslau unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Fischer und unter Hinzuziehung des Landrats Graf Dyrgenfeld-Reichenbach, Gewerberats Töpert-Reichenbach und Amtsvorstehers Teschner-Langenbielau zwischen Vertretern der Bezirksgruppe Reichenbach des Verbandes schlesischer Textilindustrieller und Vertretern der Gewerkschaften stattfanden. Die Arbeitgeber legten erneut ihren Standpunkt klar, daß sie nicht in der Lage seien, die Betriebe im Januar zu anderen als zu den bewilligten Januarlöhnen zu eröffnen und betonten wiederholt, daß sie zu Verhandlungen über am 1. Februar gültige Löhne indessen bereit wären. Die Gewerkschaften lehnten aber eine Wiederaufnahme der Arbeit zu den Januarlöhnen ab. Oberregierungsrat Fischer wurde gebeten, für Montag, den 23. Januar, in Breslau [illegible] Verhandlungen unter seinem Vorsitz anzuberaumen.

Lokales.

Alle Breslauer Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre haben sich Montag abend Punkt 6 Uhr im Parteilokal einzufinden. Keiner darf fernbleiben.

Die Parteimitglieder müssen alle Dienstag abend 7½ Uhr, in den Distriktslokalen sein.

Die Breslauer Hausmeister streiken.

In einer am 20. d. Mts. abgehaltenen Versammlung, in der Bericht über die gescheiterten Verhandlungen mit den Hausbesitzerorganisationen gegeben wurde, beschlossen die Hausmeister, am Freitag früh in den Streik zu treten. Da die Hausbesitzer die bescheidenen Forderungen — die Hausmeister verlangen eine monatliche Entschädigung von 20 Pfg. für jeden Quadratmeter Straßenreinigung und 15 Pfg. für den Quadratmeter des Hofes, einschließlich aller dazu gehörigen Arbeiten, wie Türwaschen, Fensterreinigung, Hausflurreinigung und Müllbeseitigung — nicht bewilligen wollen, streiken die organisierten Hausmeister seit Freitag früh. Außer

**Wer seine Pflicht als Kommunist
Erfüllen will, kann in der
Roten Woche vom 21.—28. Januar
Beweisen, ob
Er bereit ist,
Wirkliche kommunistische Arbeit zu leisten,
Opfer für die Partei zu bringen, die
Chimäre des Klassenfriedens aus den
Herzen der Arbeiter zu reißen und sie zum Klassenkampfe zu
Erwecken!**

den Hausbesitzern wird kein Mensch behaupten, daß diese Lohnforderung zu hoch sei, sie ist im Gegenteil, in Anbetracht der sprunghaften Verteuerung aller Lebensmittel noch viel zu niedrig.

Pflicht aller Mieter ist es, den Hausmeistern in ihrem aufgezwungenem Kampf beizustehen, keine Streikarbeit zu verrichten und den etwa auftauchenden Streikbrechern den Standpunkt klar zu machen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Nicht weniger als 5 Dringlichkeitsanträge standen in der Sitzung am Donnerstag zur Beratung. Der 1. Antrag betraf die Erneuerung des Berieselungskondensators für die Kühlanlage des Schlachthofes. Er wurde nach längerer Debatte den Ausschüssen 5 und 8 überwiesen. Beim Dringlichkeitsantrag 2 ersuchte der Magistrat um Zustimmung für die Durchführung von Notstandsmaßnahmen (Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestellten-Versicherung für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922) die Summe von 4 210 000 M. bereit zu stellen. Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Dringlichkeitsantrag 3 sieht die Erhöhung der Eintrittspreise der Volks- und Vereins-Vorstellungen im Stadttheater vor. Auch dem wurde zugestimmt und die Teilnahme an diesen Vorstellungen auf den Humboldt-Verein ausgedehnt. Der 4. Antrag betraf die Erhöhung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Der Magistrat hatte in der Sitzung vom 5. Januar um Zustimmung ersucht, für die Zeit vom 1. Okt. 1921 bis 31. Dezember 1921 25 % und für 1922 45 % des jährlichen Nutzungswertes der Gebäude als Gemeindezuschlag zu erheben. Die Ausschüsse 2 und 5 empfehlen nun, statt 25% für das vierte Vierteljahr 1921 nur 5% und für 1922 statt 45% nur 25% zu erheben. Nach längerer Debatte, woran sich auch die überfüllte, zum großen Teil von Hausbesitzern besetzte Zuhörer-Tribüne durch Beifalls- und Mißfallskundgebungen beteiligte, so daß der Stadtverordneten-Vorsteher wiederholt mit Räumung drohen mußte, wurde die Vorlage nach dem Beschluß der Ausschüsse angenommen. Ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten fordert vom Magistrat, für bessere Schneeabfuhr Sorge zu tragen. Von den Vorlagen der Tagesordnung wurden ein Teil ohne Debatte angenommen, so die Erhebung von Schulgeldbeiträgen für die Berufsschulen, die Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Marstall- und Straßenreinigungsbetriebes und einige weitere Vorlagen. Ein Antrag auf Einführung von Streckenkarten für Schulkinder wurde abgelehnt. Der Antrag des Magistrats, die Zustimmung zu geben, die Umbauarbeiten im Volksschulhause Arletiusstraße für die Aufnahme der Frauenberufsschule, wurde den Ausschüssen 3 und 5 überwiesen. Der öffentlichen Sitzung folgte eine geheime.

*

Die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 26. Januar d. J. fällt aus.

Die Wohnungsbauabgabe in den Ausschüssen.

Das städtische Presseamt teilt mit:

Der Finanz- und der Bauausschuß der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung beschlossen in zwei aufeinander folgenden, gemeinschaftlichen Sitzungen die Magistratsvorlage über Erhebung einer Wohnungsbauabgabe der Vollversammlung mit der Maßgabe zu empfehlen, daß der Gemeindezuschlag für das laufende Rechnungsjahr auf 5% (anstatt 25%) und für das Rechnungsjahr 1922 auf 25% (anstatt 45%) des Gebäudesteuer-Nutzungswertes festgesetzt wird. Ferner gelangten zwei Anträge zur Annahme, deren einer geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des Baustoffwuchers fordert, während der andere eine Einwirkung auf die Staatsregierung in dem Sinne erstrebt, daß sie die von ihr erwarteten Zuschüsse für den Kleinwohnungsbau rechtzeitig und in einer Höhe bereit stellt, die nicht nur dem hiesigen Steueraufkommen entspricht, sondern darüber hinaus der in Breslau herrschenden Wohnungsnot in ausreichendem Maße Rechnung trägt.

Ferner wurde beschlossen, die Vorlage als dringlich zu behandeln und außerhalb der Tagesordnung der nächsten Sitzung zur Beratung zu stellen.

Neu-Salzbrunn. Liebknecht-Luxemburg-Feier.

Am Sonntag fand in Neu-Salzbrunn unter zahlreicher Beteiligung der Genossen und Genossinnen eine Gedächtnis-Feier anläßlich des Todestages der beiden ruchlos ermordeten Führer der Revolution statt. Auch aus den umliegenden Ortsgruppen waren die Genossen und Genossinnen herbeigeeilt, um durch eine würdige Feier derer zu gedenken, die für ihr Ideal — der Befreiung des Proletariats — ihr Leben ließen. Die Kommunistische Jugend hat durch ihre Mitwirkung und Mühewaltung den Abend zu einer wirklichen revolutionären Gedächtnis-Feier gemacht. Das Programm war gut und reichhaltig. Mit dem Liede (Rotgardisten-Marsch) „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" eröffnete die KJ. die Feier; nach 2 gut gesprochenen Prologen an Liebknecht und Luxemburg hielt Genosse Melzer (Gottesberg) die Gedächtnis-Rede. In warmen Worten gedachte er der gefallenen Helden, sowie aller Revolutionsopfer und ermahnte die Anwesenden, nicht an den Gräbern stehen zu bleiben und zu trauern, sondern die Bahn, die diese zwei uns vorgezeichnet haben, weiterzuschreiten zur endlichen Befreiung des Proletariats. Mit der Ermahnung, so wie unsere beiden Vorkämpfer, mit eiserner Energie, mit dem festen Glauben an die Befreiung des Proletariats für die Revolution zu wirken, schloß Genosse Melzer und erntete reichen Beifall für seine Ausführungen. Dann folgte: Arbeiter, Bauern und Spartakus. Darauf folgten mehrere gute Rezitationen. Besonders gut gelang „Eine Märznacht". Man konnte all die schönen, alten, revolutionären Lieder, wie Marsaillaise, Die Rote Fahne usw., wieder mal hören. Am Schluß wurde die Internationale gesungen. Jedem Teilnehmer wird die würdige Feier noch lange in Erinnerung bleiben. Ein schöner Ueberschuß wurde erzielt. 450 Mk. können der Roten Hilfe und der Rußland-Hilfe überwiesen werden. Außerdem wurden eine Menge Rußland-Zeitungen und Broschüren, sowie Rote Hilfe-Marken und Karten und Zeitungen umgesetzt. Es war ein voller Erfolg für uns. An dieser Stelle sei der KJ. für die gute Ausgestaltung bestens gedankt. F. V.

Versammlungs-Kalender.

KPD. Breslau. Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 Uhr, **Bezirksleitungssitzung.** Es wird nicht brieflich eingeladen.

Kommunistische Kindergruppe! Die Zusammenkünfte finden jetzt **jeden Dienstag und Freitag** von 4—6 Uhr in der Minoritenschule statt.

KPD. Ohlau. Montag, den 23. Januar, **Mitgliederversammlung** bei Schmidt, zur „Stadt Oels". Kein Genosse darf fehlen, Genosse Gräf referiert.

Dienstag, den 24. Januar, **Landarbeiterversammlung** im Lokal „Zur Post", in Tiergarten bei Ohlau. Sorgt für zahlreichen Besuch.

KPD. Stabelwitz. Freitag, den 27. Januar, abends 7½ Uhr, **Mitgliederversammlung** mit wichtiger Tagesordnung. Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen.

KPD. Landeshut. Mit Rücksicht auf den jeden Montag in der Volksschule stattfindenden Betriebsrätekursus, an dem unsere Mitglieder zahlreich teilnehmen sollen, werden unsere Diskussionsabende jeden Dienstag, abends 8 Uhr, in der „Alten Mühle" stattfinden. Wir bitten alle Genossen und Genossinnen, dies zu beachten.

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max Schocher.
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.
Druck: Pfeffel & [illegible], sämtlich in Breslau.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Beitrittserklärung.

Hierdurch erkläre ich meinen Beitritt zur „Kommunistischen Partei Deutschlands", erkenne damit gleichzeitig die Leitsätze der III. Kommunistischen Internationale an und verpflichte mich, in ihrem Sinne zu wirken.

Vor- und Zuname: _____
Beruf: _____
Geburtstag, -Jahr und Ort: _____
Wohnung (Straße und Hausnummer): _____
In welchem Betrieb beschäftigt: _____
In welcher Gewerkschaft organisiert: _____
Ist die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" abonniert: _____
(Wenn nicht, bitte nebenstehenden Bestellschein auszufüllen.)
Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 1.50 Mk., für weibliche und Arbeitslose 75 Pf., Mitgliedskarte 1.50 Mk.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Dem Vertrauensmann der KPD. oder dem Briefträger geben.

Unterzeichnete — bestellt hiermit durch Kolporteur*) — durch die Post*)

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)
Erscheinungsort Breslau

zum Preise von Mk. 9.— per Monat einschl. Trägerlohn*) und Postbestellgeld*) und bitte um Zustellung durch den Austräger.

Name und Beruf: _____
Wohnort: _____
Straße und Hausnummer: _____

*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

Wintergarten

Täglich 7½ Uhr: Das glänzende Varieté-Programm

Sonntag vorm. 11 Uhr: Große Matinee

Schauspielhaus

Operettenbühne. Tel. R. 2545

Sonnabend 7½ Uhr: Die Straßensängerin.

Sonntag nachm. 3½ Uhr: Der fidele Bauer.

Achtung! Wo?

kauft man neue und gebrauchte MÖBEL sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten?

Bei H. Kluge

Neumarkt 12, nur 1. Etg.

Circus Busch

spielt in Breslau mit größtem Erfolg.

Anzüge Ulster Hosen Stoffe

sehr vorteilhaft. 4

nur Burgstraße 7, 1. Et. Krywalski.

Raucherdank!

Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst. Vers. sanit. Art.

Gg. Engelbrecht, München R. 147, Kapuzinerstraße 9.

Matthias-Kino

Matthiasstr. 38 Moltkestr. 9.

Citta, das Apachenmädchen

Sensations-Sittenfilm. 5 Akte

Ferner:

Der große Unbekannte

Scharfer Detektivfilm. 6 Akte.

Edgar Ralsen

Humorist. 61

Möbel liefert überall hin 80

Gen. Wenzel, Tischlermeister

Lehmwasser. Kreis Waldenburg.

Anzüge, Cutaways, Raglans, Schlüpfer, gestreifte Hosen, 2

nach Maß und fertig am Lager. Verarbeitung nur in allen Modellen aus nur guten Maßstoffen kaufen Sie am besten ein

Verkaufshaus feiner Herrengarderobe

Berthold Schubert, Gartenstrasse 12.

Beginn meines

Inventur-Ausverkaufs

Nur einige Beispiele:

Kostüme . . . . . Mk. 125, 245
Reinwoll. Strickjacken Mk. 225, 275
Tanz- u. Gesellschaftskleider Mk. 154, 254, 485
Warme Winterunterröcke Mk. 150, 250, 385, 548
Reinseidene Kleider . Mk. 345, 548
Lange Kollegen- und Imprägn. Seidenmäntel . . . . . Mk. 375

Besondere Gelegenheit:

Reizende wollige Mädchen-Kappen zum Aussuchen . . . . . Mk. 24.50

Breslaus bekanntes Etagengeschäft

Aschner

55 Albrechtstraße I. u. II. Stock 55

S. Guttentag

Breslau

Altbüßerstraße 5, I.—III. Etage

Erstes Spezialhaus Schlesiens für Herren- u. Knaben-Bekleidung

Fernruf 780.

≡ Empfehle meine große ≡ 76

Maßabteilung!

Es kommen nur **Stoffe** in bekannt guten **Qualitäten** unter Garantie für **tadellosen Sitz** zur Verarbeitung!!!

Soeben erschienen!

G. SINOWJEW:

Alte Ziele Neue Wege

(Ueber die proletarische Einheitsfront)

Inhalt: Vor einer neuen Welle — Um die Frage der Einheitsfront — Der Stand der Frage in den verschiedenen Ländern — Auf die Gefahren achten

31 Seiten — Preis broschiert Mk. 2.— (Organisationsausgabe..... Mk. 1.50)

Die Taktik der Kommunistischen Internationale

(Rückblick auf die Arbeiten des III. Weltkongresses des K. I.)

Inhalt: Die allgemeine Linie der K. I. — Die rechten und die linken Tendenzen — Deutschland — Italien — Frankreich — Tschechoslowakei — Schlußfolgerungen

77 Seiten — Preis broschiert Mk. 5.— (Organisationsausgabe..... Mk. 4.—)

Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg

Unsere Beförderungsbestimmungen werden am 22. Januar 1922 im Breslauer Gemeindeblatt veröffentlicht.

In jedem Wagen wird ein Druckstück aushängen. 36

Städtische Straßenbahn Breslau.

Junge Leute

d. zur See fahr. woll., erh. vorh. Aufkl. u. Rat. Auskunftei Hamburg 36, Schlt. 112, C. 158. F

Herren-Anzüge

Cutaways, gestreifte Hosen aus guten Stoffen in großer Auswahl. Eigene Herstellung, daher billigste Preise. Maßanfertigung, moderne Ausführung empfiehlt

Winkler, Adalbertstraße 16

Spezialgeschäft für Herrenbekleidung.

Genossen!

kauft nur bei unseren Inserenten.

Die Kolonialwar.-, Spirituosen-, Tabak- und Zigarrenhandlung

Ernst Kreuzer

Inh. Bruno Fieger

Oberhermsdorf

hält sich bei Bedarf bestens empfohlen.

Zahle für alte

Altmetalle

höchsten Preis. 47

Otto, Kohlenstraße 1.

Wiederverkäufer!

Empfehle mich zum Bezuge guter Persil-, Toilett-, Schmierseifen, Kerzen, Streichhölzern, Weihnachtskerzen, Schuhcremen, besten Leder- und Wagenfett, Oetzen, Seifenpulver und Soda.

Lieferung von 100 kg an per Radbahne. Preisliste gratis.

L. Leinert, Breslau, Reitzenstraße 7.

Soeben erschienen!

E. Brand und H. Walecki

Der Kommunismus in Polen

(Drei Jahre Kampf auf vorgeschobenem Posten)

Inhalt: Gründung der Partei — Die ersten Kämpfe — Die Formen der Bewegung — Gegen den Krieg — Die polnische Sozialverräterei — Polen nach dem Kriege — Neue Kämpfe, neue Aufgaben — Die Kommunistische Arbeiterpartei Polens und die Internationale — — — 85 Seiten

Preis: Mk. 7.—, Organisationsausgabe: Mk. 5.—

Zu beziehen durch:

Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg,

alle Buchhandlungen und Auslieferungsstellen der KPD.

Inventur-Verkauf fertiger Anzüge

angefertigt aus angesammelten Resten meiner Maßabteilung in Preislagen von

350-1000 Mk.

nur solange der Vorrat reicht.

Wilh. Ed. Schubert

43 Tuchstraße 43

Wichtig f. Brautpaare.

2 Mr. Schrank, mod. 280
2 Mr. Vertikow m. Spgl. 280
1 Tisch mit Schublade 180
2 Stühle à 45 90
2 Bettstellen m. Patent- u. Federsack-Matr. 1400
1 Küche, 7teil., mod. 1000
F Bitte zat. Mk. 4230

M. Giesel, Breslau, Brüderstraße 23.

Wandkalender der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" für das Jahr 1922

mit Verzeichnis aller wichtigen Ereignisse nach der November-Revolte

auf extrastarkem Karton gedruckt (zum Aufhängen)

Preis Mk. 1.—

Zu beziehen durch den Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung", Breslau, Nikolaistraße 49/50 I.

Auf Dich kommt es an, Genosse,

wenn die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" das Kampforgan der proletarischen Massen werden soll.

Melde Dich sofort bei Deinem Vertrauensmann oder direkt beim Verlag als Mitglied der Produktivgenossenschaft!

Hierzu eine Beilage

Brot- und Wohnungswucher.

30fache Brotpreiserhöhung. — 250 Proz. Zuschlag zu den Friedensmieten.

Die deutsche Regierung befolgt strikte ganz besonders die Bedingungen von Cannes, die die breite Schicht der arbeitenden Bevölkerung trifft. Die Befehle der Entente, die indirekten Steuern zu erhöhen, die Reichsbetriebe zu sanieren und die Zuschüsse für Lebensmittel abzuschaffen, erfüllt die deutsche Regierung mit größtem Vergnügen; hat sie doch so eine billige Ausrede für Maßnahmen, die sie, ohne ernstlichen Widerstand zu finden, nicht durchführen konnte. Mit welcher Schärfe die neuen indirekten Steuern, die die Hälfte der Löhne aller deutschen Arbeiter und Beamten auffressen, wie die Besteuerung des wichtigsten Lebensmittels, des Brotes um vorläufig 30 Prozent das Proletariat bedrückt, haben wir schon früher ausführlich behandelt.

Heute wollen wir einen Bericht der „PPN." über eine Sitzung des Ausschusses für Siedlungs- und Wohnungswesen im Reichswirtschaftsrat, der sich mit einem Gesetz über eine Mietsabgabe zum Bauen neuer Wohnungen beschäftigte, bringen. In dieser Sitzung wurde mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, der eine Steigerung der Friedensmiete um 250 Prozent vorsieht. Der Bericht lautet:

„Die für den Neubau von Wohnungen, für die Instandsetzung der vorhandenen Wohngebäude und für Mietsbeihilfe erforderlichen Geldmittel können nicht auf dem Wege einer einmaligen Kapitalbereitstellung, die eine sich auf lange Jahre erstreckende Verzinsung und Tilgung erfordern würde, sondern nur durch Deckung des jährlichen Bedarfs mit Hilfe von prozentual nach der Friedensmiete bemessenen Abgaben (durch Ausbau des Wohnungsabgabegesetzes vom 26. Juni 1921) geschaffen werden. Dabei ist für eine angemessene Erhöhung der Löhne sowie Gehälter im Verhältnis zu der erforderlichen Mietssteigerung derart Sorge zu tragen, daß soziale Kämpfe vermieden werden.

Um das in diesen Leitsätzen aufgestellte Ziel zu erreichen, würde eine Erhöhung der Abgabe auf etwa 100 Prozent der Friedensmiete (bisher 10 Prozent) notwendig sein. Zur Begründung dessen, daß der Entwurf eine Erhöhung auf nur 50 Prozent (25 Prozent von der Gemeinde, 25 Prozent vom Land erhoben) vorsieht, führte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums aus, daß eine weitere Steigerung der Mieten auch aus dem Reichsmietengesetz zur Deckung der erhöhten Aufwendungen des Hausbesitzes für die Verwaltung und Unterhaltung der alten Gebäude, und zwar in etwa 100 Prozent der Friedensmiete, eine weitere durch die staatlichen und kommunalen Grundsteuern in etwa 50 Prozent der Friedensmiete zu erwarten ist. Die Erhöhung der Abgabe auf die eigentlich, nämlich zur direkten Bezuschussung, erforderten 100 Prozent würde insgesamt eine Verteuerung um 250 Prozent der Friedensmiete ausmachen. Es erscheint der Regierung bei der großen allgemeinen Teuerung zurzeit bedenklich, der Bevölkerung eine derartige Mietssteigerung aufzulegen.

In der Erörterung stellte sich die große Mehrheit des Ausschusses erneut auf den schon seinerzeit in den Leitsätzen vertretenen Standpunkt und trat damit für eine Erhöhung der Abgabe auf 100 Prozent ein."

Wir brauchen nicht zu betonen, daß auch dieser neue Raubzug auf die Taschen der Arbeitenden keinen Ausweg aus der Wohnungsnot bedeutet. Es wird höchstens den Aktionären der Baugesellschaften und Zementfabriken erhöhten Dividendensegen bringen.

Der ADGB. zur Brotverteuerung.

Das „Korrespondenzblatt" des ADGB. läßt sich in einem Artikel: „Zur Verteuerung der Brotpreise" wie folgt aus:

„Jeder wird für den Mehraufwand Deckung suchen und so wird eine Preiserhöhung die andere treiben. Auch Lohnerhöhungen können nicht ausbleiben, denn man kann den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht zumuten, sich diese Mehrausgabe an ihren ohnehin unzureichenden Bezügen noch abzusparen. Neue Unruhen im Wirtschaftsleben, Preiskämpfe und Lohnbewegungen werden die unausbleibliche Folge sein, besonders schlimm wird es wieder den Sozialrentnern ergehen, die von ihren immer mehr entwerteten Renten und Pensionen nicht leben können . . ."

„Man sollte meinen, daß das Reichsernährungsministerium, ehe es die Mehrkosten der Getreideversorgung auf die deutschen Verbraucher abwälzt, zu weniger katastrophalen Maßnahmen gegriffen hätte. Es hätte bereits im Oktober 1921 die Umlagemenge erhöhen oder wenigstens inländisches Getreide zur Sicherung aufkaufen können. Es konnte ferner den Preis des abzuliefernden Getreides herabsetzen, da den Landwirten der Verkauf des freibleibenden Getreides unerwartet höhere Gewinne verhieß. Es hätte einen Teil der Valutagewinne für die Sicherstellung der Volksernährung erfassen können oder schließlich die öffentliche Brotversorgung auf die minderbemittelte Bevölkerung beschränken können, um für diese erträgliche Preise zu behalten. Von alledem ist nichts geschehen. Das Umlagegetreide ist auch noch keineswegs sichergestellt, da erst 1,9 Millionen Tonnen oder 72 Prozent des Umlagesolls abgeliefert sind. Man hat die Landwirte klotzig verdienen lassen, und den vollen Schaden tragen das Reich und die Verbraucher. Auch jetzt noch sollen die einheimischen Erzeuger geschont werden. Keine Sonderleistung für die Brotversorgung, keine Steigerung der heimischen Getreideerzeugung durch Pflichtanbau ist in Aussicht genommen: Erhöhung des Brotpreises ist der einzige Ausweg, den der Reichsernährungsminister kennt.

Diese Ernährungspolitik des Reichsernährungsministers Hermes schließt sich innig seiner Steuerpolitik an, die der Heranziehung Besitzes durch Erfassung der Sachwerte ängstlich ausweicht und die Steuerquellen der arbeitenden Bevölkerung um so ergiebiger fließen läßt. Wir bekämpfen dieses System der Abwälzung der Lasten auf die Nichtbesitzenden und können auch in der Brotpreiserhöhung nichts anderes erblicken als eine Entlastung des Reichshaushaltes durch Mehrbelastung des Verbrauchers, anstatt des Besitzes.

Diese Kritik des ADGB. an der Regierung Wirth ist, trotzdem jeder Arbeiter diese Kritik unterschreiben wird, die Höhe gewerkschaftlicher Heuchelei. Gerade der ADGB., der drei seiner Vertreter in der Wirth-Regierung sitzen hat, die sozialdemokratische Partei, die mit Zähnen und Klauen diese Regierung stützt und erhält, sind mit verantwortlich für diese volksausbeutende Politik.

Der Reichsernährungsminister kann keine Gesetze und Verordnungen erlassen, kann keinen Tag in der Regierung sitzen, ohne die Unterstützung des ADGB. und der Sozialdemokraten. Wäre der ADGB. konsequent, würde er den nötigen Druck auf die Regierung ausüben, dürfte er selbst vor einem Rücktritt seiner Vertreter nicht zurückschrecken.

Es bewahrheitet sich immer mehr das was auch Dißmann in Leipzig sagte, „daß der ADGB. nicht daran denkt seine 10 Forderungen durchzudrücken. Die Masse muß von unten stoßen", die Spitzen zwingen, oder sie beseitigen. Dem bewußten Täuschungsmanöver des ADGB. muß entgegengestellt werden der geschlossene Kampf der Arbeiter um ihre Existenz.

Weberstreik in Augsburg.

In der großen Spinnerei und Weberei in Augsburg sind gestern sämtliche Weber in den Ausstand getreten, weil die Fabrikleitung einer Anzahl Weber gekündigt hatte, die sich weigerten, drei Webstühle zu bedienen.

Obwohl die Unternehmer bei allen Lohnverhandlungen der letzten Wochen auf mangelnden Absatz, Rückgang der Konjunktur und drohende Arbeitslosigkeit hinwiesen, wollen sie die unterernährte Arbeiterschaft rücksichtslos zu noch größerer Arbeitsleistung und Ausbeutung zwingen und die dadurch überflüssigen Kräfte dem Hunger überliefern. Da diese Bestrebungen nicht vereinzelt sind, sondern in ganz Deutschland von dem Unternehmertum systematisch verfolgt werden, ist es höchste Zeit, daß die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterschaft eine zielbewußte Gegenaktion einleiten.

Politische Uebersicht.

Poincarés Forderungen.

1. Deutschland muß zahlen. Und Poincaré sucht zu begründen, daß Deutschland zahlen kann, indem er auf die riesenhaften Gewinne der deutschen Kapitalisten, auf die Kapitalverschiebungen nach dem Ausland und auf die Unternehmungen von Stinnes hinweist.

2. Poincaré fordert die unbedingte Einhaltung des Versailler Vertrages auch in der Frage der Abrüstung, d. h. der Entwaffnung Deutschlands und in der Frage der Verurteilung der Kriegsverbrecher. Er fordert das Recht Frankreichs auf „Pfänder und Garantien", d. h. auf Sanktionen.

3. Was den Garantievertrag mit England anbetrifft, fordert Poincaré ein Abkommen auf der Grundlage der vollständigen Gleichberechtigung, d. h. einen Vertrag, der Frankreich die volle Handlungsfreiheit sichert. Im Orient soll die Stellung Frankreichs dieselbe bleiben, das Angora-Abkommen soll aufrecht erhalten werden.

4. Von der Konferenz in Genua verlangt Poincaré, daß sie den Versailler Vertrag nicht antastet und daß Sowjetrußland die sechs Bedingungen von Cannes im voraus anerkennt.

Poincarés Programm bedeutet, daß Frankreich die imperialistische Machtstellung, die es durch den Versailler Vertrag auf dem Kontinent erworben hat, mit allen Mitteln zu erhalten sucht. Wenn Poincaré sämtliche Streitfragen zwischen Frankreich und England aufwirft, so folgt er nur der Methode Lloyd Georges, um gleich diesem in jenem Punkt den Erfolg zu erzielen, auf den es am meisten ankommt, und das ist für die französische Bourgeoisie die Frage der deutschen Reparationszahlungen. Die Stellung der Regierung Poincarés zu Sowjetrußland wird diktiert von dem Bestreben, Rußland nicht zur ausschließlichen Einflußsphäre Englands werden zu lassen, weil das das Ende der Beherrschung des europäischen Kontinents durch Frankreich bedeuten würde.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Kompromiß zwischen der Regierung Poincaré und England die Verpflichtung Deutschlands zur Zahlung der Reparation nochmals bekräftigen wird. So zwingt auch die außenpolitische Lage die deutsche Arbeiterschaft, alle ihre Kraft im Steuerkampf aufzubieten, um die Abwälzung der Reparationslasten auf ihre Schultern zu verhindern.

Um das Steuerkompromiß.

Das „Berliner Tageblatt" meldet:

„Die Frage des Steuerkompromisses hat im Laufe des heutigen Vormittags keine klärenden Fortschritte gemacht. Man erwägt innerhalb der mehrheitssozialistischen und der Zentrumspartei die Aufbringung einer inneren Goldanleihe. Die Streitfrage ist gegenwärtig die, wer die Zinsen für diese Anleihe aufbringen soll, die Industrie oder das Reich. Morgen wird eine interfraktionelle Sitzung stattfinden, an der voraussichtlich auch Reichskanzler Dr. Wirth teilnimmt."

Wenn die Industriemagnaten, um der Sachwerterfassung zu entgehen, schon bereit sind, zu einer Goldanleihe ihre Zustimmung zu geben, wollen sie doch auch hierbei noch ein Geschäft machen. Neben Steuerfreiheit wollen sie für die kurzfristige Anleihe auch noch 12—14 Prozent Zinsen. Selbstverständlich wird eine Goldanleihe, ob die Zinsen aufgebracht werden von den Steuerzahlern direkt oder von der Industrie, indem sie umgelegt wird auf die Konsumenten, die Finanznot auch nicht vorübergehend beseitigen.

Lohnverhandlungen der Staatsarbeiter.

Wie wir hören, finden am 23. und 24. d. Mts. im Reichsfinanzministerium erneut Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter zur Regelung der Ueberteuerungszuschüsse statt. Anschließend daran wird auch mit den Beamten verhandelt werden.

Die SPD. und die Steuerfrage.

Die „P. P. N." melden, daß die SPD.-Reichstagsfraktion die Beratung über die Steuerfrage abgeschlossen habe. Darauf wurde eine gemeinsame Sitzung mit dem ADGB., der USP. und der Afa abgehalten, in der die SPD. von ihren heute gehabten Verhandlungen Mitteilung machte und vorschlug, dauernd in Verbindung zu bleiben, um sich über die Steuerfrage zu verständigen.

Ein Ergebnis der Verhandlungen ist noch nicht bekannt.

Nach einer weiteren Meldung aus Berlin besteht begründete Hoffnung, daß ein Steuerkompromiß zwischen der Regierungskoalition zustande kommt. Man sucht schon Fühlung bei Stinnes, um ihn gnädig für das Kompromiß zu stimmen und ihn zu überzeugen, daß eine Ablehnung durch seine Partei zu schweren Kämpfen führen könne.

Wenn die SPD. schon mit Hilferding verhandelt, kann man sich ein Bild von der „grundsätzlichen Ablehnung" aller indirekten Steuern" seitens der USPD. machen.

Die kastrierte Demokratie.

Unter der stetigen Mitarbeit des rechtssozialistischen Abgeordneten Schmidt ist ein Gesetzentwurf zustande gekommen, nach dem Reichstagsabgeordnete von Sitzungen des Parlaments ausgeschlossen werden können und ihnen sogar das Betreten des Reichstagsgebäudes verwehrt werden kann.

Dieses Gesetz richtet sich hauptsächlich gegen die Kommunisten und soll sie in stürmischen Zeiten der Polizeigewalt ausliefern.

Gewerkschafts-Bewegung.

Auch die Freiburger Uhrenarbeiter im Streik.

Am Sonnabend sind in Freiburg 1600 Uhrenarbeiter in den Streik getreten. Die Freiburger Uhrenarbeiter, die den Unternehmern Millionengewinne erschuftet haben, sind somit an die Seite der 30 000, schon seit acht Tagen im Kampf stehenden Schwarzwälder Kollegen getreten. Wie die Schwarzwälder Arbeiter, treten auch die Freiburger zum ersten Mal in einen großen Kampf. Die Solidarität der gesamten Arbeiter wird sie zum Sieg führen.

Angestellten-Versammlung.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hatte die Angestellten für Donnerstag Abend nach dem Vinzenz-Hause geladen. Die Tagesordnung sollte sich mit dem Breslauer Lohnamt befassen. Der Besuch der Versammlung zeigte den Herren Deutschnationalen, daß sie bei den Angestellten abwirtschaften. Kaum die Hälfte des Saales war besetzt, davon waren noch mindestens die Hälfte Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten. Wer nun gekommen war, etwas über das Breslauer Lohnamt und seine Berechnungen zu hören, sah sich schwer enttäuscht. Außer deutschvölkischen abgedroschenen Phrasen war im Referat sehr wenig von der Tagesordnung zu hören. Der Referent betonte mit großem Pathos die Eigenart des kaufmännischen Standes, die es nicht zulasse, daß für Angestellte ein Tarif abgeschlossen werde. In diesen nationalen Tönen wetterte der Referent gegen die internationalen, materialistischen, marxistischen Irrlehren. Also, Angestellter sei deutschvölkisch, schnüre deinen Schmachtriemen enger und schufte nach dem Ausspruch des Referenten „Arbeit ist des Bürgers Zierde." Aber der deutschnationale Verband kann auch anders, wenn es heißt, wieder einige Schäflein einzufangen. In einem auf den Tischen ausliegenden Flugblatt heißt es:

„Handlungsgehilfen, laßt Euch vom Winter 1921 nicht überraschen! Mit ihm werden die furchtbaren Folgen des feindlichen Diktates und der sommerlichen Dürre ihren Einzug halten. Brot und Kartoffel, Gemüse und Fleisch, Feuerung und Licht, Kleidung und Fahrgeld: alles, alles wird schreckenerregend teurer. Die Mieten steigen erneut, und die Steuern werden in einem Umfange erhöht werden, wie wir kaum zu ahnen wagen. Die Not wird unerträglich— es sei denn, daß es gelingt, unsere Gehälter ganz erheblich zu steigern. Erreichen wir das nicht, dann werden wir und unsere Familien hungern und frieren! Daß der einzelne, auf sich gestellt, die (am wirtschaftlichen Druck gemessen) nur bescheidenen, aber in den Augen der Arbeitgeber gewaltig klingenden Gehaltszulagen erwirkt, wer wäre töricht genug, das zu hoffen! Und die Gewerkschaften? — Sie greifen entschlossen zu; auf einen Erfolg aber dürfen auch sie diesmal nur rechnen, wenn ihre Kampfes- und Widerstandskraft sich in einer bis dahin unerhörten Stärke entfaltet."

Also, man kann auch andere Worte finden, aber Taten? In der Diskussion, die manchmal sehr rege wurde, leuchtete Kollege Schramm vom Z. d. A. den deutschnationalen Helden gründlich heim. Er zeigte den Versammelten mit aller Schärfe, daß die wirtschaftlichen Kämpfe international ausgefochten werden müssen, da sie internationale Ursachen haben. Er ging auch kurz auf die Erfassung der Sach- und Goldwerte ein und empfahl den deutschnationalen Jünglingen, einmal die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu studieren, damit sie sich frei machen von deutschnationalvölkischen Tendenzen und dafür eintreten lernen, daß die gesamte Arbeitnehmerschaft, Beamte, Angestellte und Arbeiter, zusammenstehen müssen, um sich eine bessere Existenz zu erkämpfen. A—n.

Die Waffen der Handelshilfsarbeiter im Kampf um ihre Existenz.

Über obiges Thema referierte Kollege Vogel in der am 19. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung der Sektion 1 des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Der große Saal des Breslauer Gewerkschaftshauses war nur mäßig besetzt, was in Anbetracht dessen, daß die Sektion gegen 6000 Mitglieder zählt, nicht gerade als starker Besuch gesprochen werden kann. Koll. Vogel brachte in seinem Referat die üblichen Klagen über die Lauheit der Handelshilfsarbeiter vor, wodurch der Sieg über das Unternehmertum noch in ziemliche Ferne gerückt ist. Der Sieg der Arbeiter kann heut nicht allein mit der Faust errungen werden; denn das Proletariat Deutschlands steht einem gutorganisierten Kapital gegenüber. Schritt für Schritt muß dem Unternehmertum dasjenige abgetrotzt werden, was die Arbeiter zum Leben brauchen. Wenn sich auch der Referent den bestehenden Mängeln der heutigen Kampfesweise nicht verschließen konnte, gipfelten doch seine Ausführungen darin, daß die wirksamste Waffe der Handelshilfsarbeiter in ihrem Existenzkampfe eine straffe Organisation ist, deren Hauptaufgabe heut darin besteht, die Kollegen zu schulen und sie zu dem Endkampf vorzubereiten.

Kollege Standke legte in kurzen Worten dar, daß die herrschende Not das Proletariat zwingt, als die wirksamste Waffe seine Arbeitskraft zu betrachten. Keiner, wenn auch noch so starken Gewerkschaft, die den Weg des Paktierens mit dem Kapital als den besten hält, wird es möglich sein, eine Besserung in der Lage der Arbeiterschaft herbeizuführen. Nur im reinen Klassenkampf liegt unsere Rettung, und nur dann, wenn wir diese Waffe anwenden, kann für uns eine Besserung eintreten und auch dann erst werden alle Säumigen mitgerissen und der proletarischen Bewegung der Charakter einer Massenbewegung gegeben werden.

In bekannter Manier verstand es Kollege [illegible] in seinem Schlußwort die Ausführungen des Kollegen St[illegible] zu deuteln.

als wenn letzterer ebenfalls der Meinung sei, daß erst die Säumigen aufgerüttelt und für die Kampfparolen „reif" gemacht werden müssen. Das Verhalten der Versammlung bewies nur zu deutlich, wie die Kollegenschaft hierüber denkt. Der „kolossale Beifall", den Kollege Vogel erntete, ist der beste Gradmesser dafür, was die Handelshilfsarbeiter Breslaus von einer „friedlichen Kampfesmethode" halten.

Die Wahlen für die Sektionsleitung, sowie die Vorschläge zur Wahl der Kartelldelegierten brachte uns insofern eine Errungenschaft, daß zum ersten Male in die Sektionsleitung ein Kommunist gewählt wurde und auch die Zahl der kommunistischen Kartelldelegierten um einen solchen vermehrt würden. Die Wahlen brachten folgendes einstimmiges Resultat:

1. Für die Sektionsleitung: Kollegen Standke, Obier, Littmann, Hirse, Alfred Müller, Wilhelm Ständer und Lindner.
2. Vorschläge für die Ortsverwaltung: Kollegen Abend, Obier, Vogel und Scholz.
3. Vorschläge für das Kartell: Kollegen Vogel, Beck, Bieneck, Standke.

Recht befremdend wirkte es, daß Kollege Bieneck seine Wahl sowohl in die Sektionsleitung, als auch in die Ortsverwaltung ablehnte und nur die Wahl als Kartelldelegierter annahm.

Die Versammlung bewies wieder einmal, daß auch unter den Handelshilfsarbeitern Breslaus das Klassenbewußtsein zu erwachen beginnt, und die Aufgabe der neuen Sektionsleitung muß es sein, mehr als bisher für aufklärende Versammlungen zu sorgen. G—e.

Metallarbeiter-Versammlung in Freiburg.

Die am Freitag stattgefundene Mitgliederversammlung des D.M.V.-Freiburg war außerordentlich stark besucht. Der bevorstehende Streik der Uhrenarbeiter, die resultatlosen Verhandlungen im Schwarzwald bewirkten größtes Interesse, zumal die Freiburger Uhrenarbeiter vor dem ersten größeren Streik stehen. In der Versammlung kam zum Ausdruck, daß der Streik mit aller Entschlossenheit geführt wird.

Die Mitgliederzahl ist um ein geringes gestiegen. Der vom erweiterten Beirat beschlossenen Beitragserhöhung wurde zugestimmt. Die Beiträge betragen ab 1. Februar 8 M., für weibliche 4,50 M., für jugendliche 1,50 M. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Verbandsleitung mit aller Kraft die Kämpfe zusammenfaßt.

Nach einem kurzen Bericht über das Kartell wurde die Versammlung geschlossen.

Kommunistische Erfolge in DMV.

Trotz dem Geschrei unserer Gegner über den „Zusammenbruch" der Kommunistischen Partei erzielen unsere Genossen in der letzten Zeit überall dort Erfolge in den Gewerkschaften, wo sie, unbeirrt von allen Verleumdungen und Beschimpfungen, zielbewußt an der Revolutionierung der Gewerkschaften arbeiten.

Bei der Wahl der beiden Geschäftsführer der Ortsverwaltung Stuttgart des DMV. am 16. Januar, wurden die kommunistischen Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt. Es erhielten Gönnenwein (KPD.) 1270 Stimmen, Sickert (KPD.) 1260 Stimmen, Löwi (USP.) 524 Stimmen, Schmidt (USP.) 526 Stimmen. Abgegebene Stimmen 3590, ungültig 3.

Bei den Wahlen der Ortsverwaltung des DMV. in Hagen i. W. am 10. Januar 1922 erzielten die Kommunisten einen großen Erfolg. Die KPD. erhielt 9 Sitze, die USP 3 Sitze.

Die am 18. Dezember in Erfurt tagende Bezirkskonferenz des DMV. zeigte ein starkes Anwachsen des kommunistischen Einflusses unter den Metallarbeitern. Von rund 60 000 abgegebenen Stimmen entfielen auf die kommunistische Liste 28 004, auf die vereinigte Liste der SPD. und USPD. 32 000 Stimmen. Sämtliche größeren maßgebenden Ortsgruppen hatten kommunistische Delegierte entsandt, während die vereinigten Unabhängigen und Mehrheitssozialisten in den kleineren Orten noch einen starken Anhang haben.

Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung Freiburg i. Schles. wurden 5 Kollegen der KPD. und 2 Kollegen der SPD. in die Ortsverwaltung gewählt. Sämtliche Kartelldelegierten sind Mitglieder der KPD.

Der Erfolg in Waldenburg, wo unsere Genossen trotz größter Hetze der SPD. den 2. Bevollmächtigten errangen und jetzt in Freiburg zeigt die Werbekraft der KPD.

Schlesische Rundschau.

Wieder ein Klassenurteil.

Eine gräfliche Mörderclique.

In Görlitz ist vergangene Woche ein Mordprozeß verhandelt worden, der ein Streiflicht wirft auf die verkommene Moral der „höchsten" Kreise. Auf der Anklagebank saßen der Graf Hans Heinrich von Schliessen, dessen Mutter Gräfin Ella von Schliessen, deren Gesellschafterin Minna Rupf, der Handelsmann Bruno Rösler und der Student Hans Stenschke (ein ehemaliger Anlock-Bandit.)

Dem Tatbestand der Anklage liegt zugrunde die geplante Ermordung des Majoratsherrn Grafen Wilhelm v. Schliessen, Vetter des Angeklagten Grafen Hans Heinr. v. Schl.

Eine Linie derer v. Schliessen — die jedenfalls während des Krieges zu üppig gelebt hatten — war verarmt und da diese Herrschaften sehr große Ansprüche an das Leben stellen, ohne irgendwelche produktive Tätigkeit zu leisten, mußten Mittel und Wege gefunden werden zur Aufbesserung der Finanzen. Der Herr Graf wußte sich auch Rat, beschloß seinen leiblichen Vetter, den Majoratsherrn, ins Jenseits zu befördern, d. h. zu ermorden — und suchte sich Helfershelfer zur Ausführung der Tat. Wenn der Majoratsherr beseitigt war, übernahm der gräfliche Mörder das Besitztum und es war alles in schönster Ordnung. So rechnete der adlige Angeklagte, nur hatte seine Rechnung einen Fehler. Die gedungenen und mit hohen Summen bezahlten Mordwerkzeuge waren undicht, erzählten. Und so kam es, daß sich die Staatsanwaltschaft (sicher nicht gern) der gräflichen Mordbande etwas annehmen mußte.

Die mehrere Tage dauernde Verhandlung in Görlitz entrollte ein Bild, das bezeichnend ist für die moralische Verkommenheit der Kreise, die sich immer als die wirklichen Träger der Kultur bezeichnen. Der Graf gab zu, daß er seinen Vetter ermorden lassen wollte, daß seine Mutter Mitwisserin war und daß die Mitangeklagten sich bereit erklärt hatten, den Mord auszuführen. Sehr interessant war auch die Feststellung, daß man evtl. das ganze Schloß mit Dynamit in die Luft sprengen wollte und diese Tat, die im April 1921 ausgeführt werden sollte, als eine von den Bolschewisten verübte hinstellen wollte. Ein Glück, daß die Tat nicht zur Ausführung kam, sonst hätte man sicher die dortigen Kommunisten zu Dutzenden ins Gefängnis gebracht.

Da die gräfliche Mordgesellschaft nicht dem Arbeiterstande angehört, fand sie Gnade vor den Augen der Radbruchjustiz. Folgendes Klassenurteil wurde gefällt:

Die Gräfin Ella v. Schliessen wurde wegen Aufforderung zum Morde zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt, wobei die erlittene Untersuchungshaft nicht angerechnet wurde, der Graf Hans Heinrich v. Schliessen, ebenfalls wegen Aufforderung zum Morde und verbotenen Waffenbesitzes zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von fünf Monaten auf die Untersuchungshaft, der Handelsmann Bruno Roessel wegen Annahme der Aufforderung zum Morde und wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu insgesamt drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von acht Monaten Untersuchungshaft, der Student Herbert Stenschke aus Berlin ebenfalls wegen Annahme der Aufforderung zum Morde und verbotenen Waffenbesitzes zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft und Strafaufschub. Die Gesellschafterin der Gräfin, Minna Rupf, wurde freigesprochen. Der Antrag auf Haftentlassung des Grafen Hans Heinrich v. Schliessen wurde abgelehnt.

Man beachte dagegen die Bluturteile der vorjährigen Ausnahmegerichte, die Arbeiter wegen Waffentragens oder deswegen, weil sie verwundeten Arbeitern ihre Wunden verbanden, für mehrere Jahre ins Zuchthaus schickten. Der Mord-Graf mitsamt seiner gnädigen Frau Mutter, kann froh sein, daß er dieser hochherrschaftlichen Gesellschaftssphäre entstammt. Wäre er ein Kommunist gewesen, dann würde das Urteil ganz anders ausgefallen sein. Dafür haben wir ja auch einen sozialdemokratischen Justizminister.

Bezeichnend ist auch das Verhalten der bürgerlichen Presse in diesem Fall. Während in dem Grupenprozeß ganz systematisch durch die Prozeßberichte der Bevölkerung von vornherein suggestiv beigebracht wurde, (ohne daß von vornherein die Schuld Grupens feststand), daß Grupen bestimmt der Täter ist und entschieden verurteilt werden muß, vermeidet man bei der gräflichen Mörderbande ganz krampfhaft, die belastenden Momente hervorzuheben. Daß der Breslauer Generalanzeiger gern seine Spalten öffnet und täglich im Hintertreppen-Roman-Stil lange Berichte bringt, ist kein Wunder. Ein Wunder ist nur, daß immer noch Arbeiter dieses Blatt lesen.

Die Republik bezahlt die monarchistische Propaganda.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Die Monarchischen, die unter Wilhelms des Ehemaligen Leitung, jeden Andersdenkenden auf die niederträchtigste Art und Weise verfolgten und schikanierten und nicht duldeten, daß diese staatliche Stellen bekleideten — da das gegen das Interesse des Staates ginge —, sind jetzt andrer Meinung. Sie haben nichts dagegen als Monarchisten bei republikanischen Behörden beschäftigt und von ihnen bezahlt zu werden. So geht es auch dem Bahnhofsvorsteher von Herrnprotsch.

Am Sonntag den 15. d. Mts. fand unter Vorsitz der Frau Pastor Bunk eine Festlichkeit des Herrnprotsch-Marschwitzer Frauenvereins statt. Das klingt ganz harmlos, nicht wahr? Wenn man sich aber genügend Mut angetrunken hat und voll des süßen Weines ist, läuft einem gewöhnlich der Mund über. So war es auch hier. Man gedachte vergangener — ach so schönen! — Zeiten und stimmte echt deutsche Lieder an. Nach Absingen des Preußen- und Deutschlandsliedes, die stehend und entblößten Hauptes gegröhlt wurden, ergriff der republikanische Bahnhofsvorsteher von Herrnprotsch das Wort und stimmte mit vor Rührung erzitternder Stimme „Heil dir im Siegerkranz" an. Da sich die Musiker nicht gleich gefügig zeigten, wurde mit einem republikanischen 50 Mark-Scheine nachgeholfen. Das wirkte.

Wenn man auch nicht mit dne republikanischen Gedanken sympathisiert und mit heißem Herzen seinen „Willem wiederhaben will", das ist noch lange kein Grund, sich von dieser Republik nicht bezahlen zu lassen. Geld stinkt nicht! So denkt auch der Herrnprotscher Bahnhofsleiter.

Doch die Sache hat eine ernste Seite. Die Arbeiterschaft forderte nach der Erzberger-Ermordung, zu geschlossener Front vereinigt, Säuberung aller behördlichen Stellen von reaktionären Beamten. Was ist in dieser Hinsicht geschehen? Gar nichts. Der Wille der Massen wird nicht beachtet. Trotz sozialdemokratischer Minister dürfen die reaktionären Beamten weiter ihr Unwesen treiben. Sie benutzen ihre amtlichen Stellen, um für die eben davongejagten Monarchisten Propaganda zu machen und werden dafür von der Republik gut bezahlt.

Lokales.

Die Not der Zeitungen.

Aus den Postzeitungslisten ist zu ersehen, daß im Monat Dezember allein 90 Zeitungen ihr Erscheinen einstellen mußten. Die erhöhten Preise für alle zur Zeitungsherstellung notwendigen Materialien — Papier, Druckerschwärze, Blei usw. —, sowie die schwer belastenden Steuern (Inseraten-, Umsatz-, Körperschaftssteuer) und die hohen Postgebühren machen den Zeitungen das Leben schwer. Und trotzdem gibt es noch zu viel Zeitungen. Das geht aus einer Notiz der „Schlesischen Volkszeitung" hervor, nach der die „Schles. Tagespost (das Organ der Krautjunker) monatelang gratis an Leute geliefert wird, die das Blättchen weder bestellt haben, noch lesen wollen.

Nun — die Allgemeinheit verliert nichts, wenn die bürgerlichen Blätter von der Bildfläche verschwinden. Um so mehr müssen wir darauf achten, daß die Kommunistische Presse immer mehr verbreitet wird. Je mehr Abonnenten wir haben, desto besser können wir uns halten und desto mehr wird der kommunistische Gedanke in die Massen getragen. Deshalb ist es eine Ehrenpflicht für jeden Kommunisten unermüdlich für seine Zeitung zu werben. Die jetzt beginnende Werbe-Woche ist eine vorzügliche Gelegenheit der „Schles. Arbeiterzeitung" neue Leser zuzuführen. Die Ortsgruppen müssen ihren Stolz daran setzen, die Abonnentenzahl womöglich zu verdoppeln. Wenn jeder Genosse nur einen Abonnenten bringt, ist das möglich. Bei der letzten Werbewoche hat aber mancher Genosse 10, 20 und noch mehr Zeitungsaufnahmen gemacht.

Also Genossen und Genossinnen, nutzt diese Werbewoche aus! In diesen sieben Tagen muß es unbedingt möglich sein, etwas für das Parteiblatt zu tun. Zeigt, daß ihr auf dem Posten seid, zeigt daß Ihr kommunistische Aktivität besitzt und werbt neue Abonnenten für die „Schles. Arbeiterzeitung."

Postalische Konfusion.

Die Ueberdruckmarken zu 1,60 Mk., 3 Mk., 5 Mk. und 10 Mk. verlieren mit Ablauf des 20. Januar ihre Gültigkeit. In den Händen des Publikums befindliche Stücke können bis Ende Januar gegen andere Postwertzeichen umgetauscht werden. Die Postverwaltung ist aus [illegible] zu dieser Maßregel gezwungen.

In Giesberts Reich herrscht ein derartiger Wirrwarr, daß sich bald kein Mensch mehr zurechtfindet. Bei den Postbeamten ist das schon lange der Fall.

Breslau.

Verteilung amerikanischen Mehles auf Marken.

Die Stadtverteilungsstelle ist in der Lage, auch in den nächsten vier Wochen amerikanisches Mehl, und zwar 1 Pfund auf Lebensmittelmarke T 26 in der Zeit vom 23. Januar bis 18. Februar 1922 zu verteilen.

Breslau. Zum Hausmeister-Streik. Nachdem am Donnerstag den 19. Januar in überfüllter Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses beschlossen wurde, der Halsstarrigkeit der Haus- und Grundbesitzervereine entgegen zu treten und die Arbeit ruhen zu lassen, konnte man Freitag Morgen an reichlich viel Häusern sehen, daß der Streik bereits in Wirklichkeit getreten ist.

Nun ist es sicher von Interesse für die Bewohnerschaft Breslaus, zu erfahren, warum diese scheinbare Vernachlässigung hervorgerufen durch das Mittel des Streiks, eintreten mußte. Wir geben deshalb kurz folgende Aufklärung:

Die Hausmeisterschaft Breslaus, in den Vorkriegszeiten mit 5—6 M. pro Monat für Arbeitsleistung entlohnt, mußten für diesen Betrag alle erforderlichen Materialien kaufen. Das ging jetzt, nachdem diese Artikel bekanntlich 14-, 20-, ja 25 fache Preissteigerung erfahren haben, nicht mehr an. Vor 1¾ Jahren wandten sich die Hausmeister an ihre Berufsorganisation und diese wiederum an die Haus- und Grundbesitzervereinigung, um eine Besserung in der Entlohnung herbeizuführen. In den Monaten Oktober bis Dezember wurde durch Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß eine Vereinbarung zustande gebracht, die ein Akkordsystem der Entlohnung zugrunde legte und die durchaus gerecht gedacht war. Die Gültigkeit des Vertrages wurde späterhin durch die Arbeitsgemeinschaft der Haus- und Grundbesitzervereine gerichtlich angekämpft; der Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Der Ankämpfung parallel ging die Absetzung der damaligen Vorstandsmitglieder. (Den Vorsitzenden Richter hatten sie inzwischen todgeärgert.) Eine ganze große Anzahl von einsichtigen Hausbesitzern haben in direkter Verhandlung die Forderung anerkannt und ihre Hausmeister entsprechend entlohnt. Inzwischen ist eine mehr als 100 prozentige Verteuerung der Lebensmittel eingetreten; seit Oktober beträgt sie allein 45 Prozent. Die Hausmeister sehen sich deshalb veranlaßt, neue Forderungen zu stellen und haben diese am Anfang Dezember vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt. Das Ergebnis war, daß Kommissionen gebildet werden sollten, welche, der Forderung der Hausmeister gerecht werdend, Einzelfälle klärten. Die Kommissionen brachten ein befriedigendes Ergebnis nicht. Dafür aber eine so große Erregung in die Kreise der Ärmsten der Armen (unter den Hausmeistern sind Rentner beiderlei Geschlechtes, Arbeitsinvaliden und Witwen), daß diese sich entschlossen, durch das letzte gewerkschaftliche Mittel mit ihren Forderungen durchzudringen.

Die Forderungen sind:

„Die Wohnung zur Miete wie jeder andere zu erhalten. Für die Bereinigung der Straße pro Quadratmeter 30 Pfg. Für die Bereinigung des Hofes pro Quadratmeter und Monat 25 Pfg. (wir schrieben irrtümlich im Hauptblatt, Seite 3, daß 20 resp. 15 Pfg. pro Quadratmeter gefordert würden), und für die Treppenbereinigung pro Woche 5,25 M. bezw. 6,50 M. Für ein Treppenfenster, eine Windfangtür oder Haustür pro Reinigung 2 M. Für alle sonstigen Sonderarbeiten, Wände waschen usw. ein Stundenlohn von 5 M. (Die Arbeiterinnen in Handel und Industrie erhalten Löhne bis zu 7 M.) Das Material soll in jedem Falle der Hausbesitzer liefern."

Rechnerisch geprüft ergibt die Forderung für die Durchschnittsgrundstücke eine Monatsentlohnung von 120 M., wofür dann der Wert der Mietwohnung abzuziehen wäre. Der Hausmeister hat eine durchschnittliche Arbeitszeit von 75 Stunden im Monat, so daß ein Stundenlohn von 1,60 M. dabei erzielt wurden.

Wer nunmehr noch glaubt, daß die Forderungen der Hausmeister unberechtigt sind, dem stellen wir anheim, daß er sich nur ein Pfund Brot für ein Stundenlohn kaufen kann.

Die Streikleitung.

Krasser Hausbesitzer Egoismus.

Zu dem von uns unter dieser Ueberschrift am 18. Januar 1922 gebrachten Artikel ersucht uns Frau Preuß nachstehende Berichtigung aufzunehmen.

Die Erhöhung der Miete von 50 Mk. auf 78 Mk. erfolgte durch Spruch des Mietsamtes am 3. August 1920, und zwar wurde die Friedensmiete von 60 Mk. die im Kriege auf 50 Mk. ermäßigt worden war, lediglich um die gesetzlichen 30% erhöht. Trupke hat diese erhöhte Miete jedoch nicht gezahlt. Eine höhere Miete als 78 Mk. ist von mir nicht gefordert worden, was Trupke über seine Forderung von 100 Mk. sagt, ist freie Erfindung. Auch ist die Annahme einer Mietszahlung von mir niemals verweigert worden.

Der Sachverhalt ist folgender:

Trupke hatte bereits im Jahre 1920 5 Monate lang keine Miete gezahlt und mußte erst durch Spruch des Mietsamts vom 3. August 1920 zur Zahlung gezwungen werden. Daraufhin ist Trupke ein ganzes Jahr lang vom 1. April 1920 bis 1. April 1921 monatlich mit 28 Mk. im Rückstande geblieben, für April hat Trupke nur 60 Mk. gezahlt. für Mai und Juni überhaupt nichts. Da auf meine wiederholten Mahnungen und die Aufforderungen, Trupke monatelang überhaupt keine Antwort gab, blieb mir nichts anderes übrig als Klage einzureichen.

Die Behauptung, daß ich den Laden zur Erweiterung meines Schanklokals bedarf, ist dadurch hinfällig, daß dieses Destillationsgeschäft nach dem Tode meines Mannes im August vorigen Jahres verkauft wurde. Eine Erweiterung wäre unmöglich, da die Räume nicht konzessioniert sind.

Die Unterlagen, die alle meine Ausführungen beweisen, stehen jedem, der sich dafür interessiert, zur Verfügung. —

Soweit die „Berichtigung". Nach Rücksprache mit unserm Gewährsmann wird uns dazu noch mitgeteilt, daß der Kriegsverletzte T. soeben die Zustellung erhalten hat, bis zum 26. d. Mts. die Wohnung zu räumen, widrigenfalls er auf die Straße gesetzt wird. Da er keine andere Wohnung hat, wird er eben, dank dem menschenfreundlichen Vorgehen der Hauswirtin, mit seiner hochschwangeren Frau vom 26 Januar ab auf dem Straßenpflaster liegen. Von anderer Seite wird uns noch geschrieben, daß Frau Preuß überhaupt oft vor dem Mietseinigungsamt steht. So hatte sie erst vergangene Woche den Mieter Kionke verklagt, sie wurde aber hier abgewiesen. Wir überlassen das Urteil, ob die menschenfreundliche Frau Hausbesitzern richtig oder egoistisch gehandelt hat, dem Urteil der Arbeiterschaft.

Schadenanmeldungen der Auslands-Deutschen.

Am 1. Dezember 1921 ist die Prüfungsstelle des Bundes der Auslandsdeutschen e. V., Breslau 10, Bürgerwerder-Kaserne, Baracke 19 (Telefon Ring 9023) zur Prüfung der Schadenanmeldungen im Vor- und Endentschädigungsverfahren auf Grund des Auslandsschädengesetzes vom 28. Juli 1921, RGBl. S. 1033, eröffnet worden.

Die Frist zur Anmeldung im Vorentschädigungsverfahren läuft am 31. März 1922 ab, während die Anmeldung zur Endentschädigung, die bereits jetzt in Angriff genommen wird, bis zum 30. Juni 1922 beendet sein soll. Die Formulare zur Anmeldung der Endentschädigung sind bei der Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen e. V., Breslau 1, Ring 1 II, täglich nachm. von 4 bis 6 Uhr, erhältlich.

Die Zuständigkeit der Prüfungsstelle erstreckt sich auf die ganze Provinz Schlesien einschl. Kreis Fraustadt. Für die endgültige Entscheidung der Schadensanträge ist die demnächst in Tätigkeit tretende Spruchkammer in Breslau zuständig.

(Fortsetzung von „Lokales" letzte Seite der Beilage.)

Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an den Zentralausschuß der KPD.

(Schluß.)

Damit haben sie die Frage offen gestellt: entweder kapituliert die Partei vor den Levi, Dittmann und Geyer, die die Partei aus ihren Reihen ausgeschlossen hat, vor den Däumig, Hoffmann, die aus der Partei desertierten, und sie kapituliert damit vor der Politik der SPD. und USPD. — oder die Partei muß aus ihren Reihen all die Elemente ausschließen, die Agenten der KAG. sind. Die Braß, Malzahn, Friesland, Wegemann und Konsorten, die sich offen auf die Seite der KAG. gestellt haben, haben damit einen klaren **Beschluß des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale**, der jede politischen Beziehungen zu Levi verboten hat, mit Füßen getreten. Die Partei darf sie keinen Tag länger in ihren Reihen dulden. Die Genossen, die die Erklärung der 128 unterzeichnet haben, haben dadurch gegen den Beschluß des 3. Weltkongresses verstoßen, der die Bildung von Fraktionen in der Partei verbietet. Die Partei hätte also das Recht, sie als Fraktion aus ihren Reihen auszuschließen. Da es aber zweifelsohne unter ihnen Arbeiter gibt, die sich der Tragweite ihrer Tat nicht in vollem Umfange bewußt waren, die verwirrt waren durch die Hetze der sozialdemokratischen Presse und Levis, so soll die Partei sie vor die Frage stellen: mit ihr oder mit Levi, und sie soll ihnen zum Bewußtsein bringen, **daß sie weitere Schwankungen nicht mehr dulden wird.**

Die Levi, Braß, Malzahn und Friesland spekulierten darauf daß die Partei, müde der inneren Krisen, angeekelt durch die persönlichen Auseinandersetzungen, die Kühle der Entscheidung verlieren wird, daß sie **die äußere organisatorische Einheit über das Bedürfnis einer wirklichen Einheit** stellen wird. Sie spekulierten darauf, daß die Partei vor ihnen kapitulieren oder zerfallen werde. Aber sie haben sich verrechnet. Die kommunistischen Arbeiter sind keine zimperlichen Jungfrauen, die aus Angst vor dem Skandal sich jedem Erpresser in die Hände liefern. Die Kommunistische Partei und ihre Mitglieder wissen, daß eine Partei des Proletariats kein Diskutierklub von Advokaten und Literaten ist, der heute aufgemacht, morgen geschlossen werden kann, mal dieser Meinung mal jener Meinung ist. Die **Kommunistische Partei**, die in der Zukunft um die Macht zu kämpfen und die Macht zu behaupten haben wird, **bildet sich nicht nur in langen Kämpfen gegen die Bourgeoisie, sondern auch in Auseinandersetzungen mit Mitläufern, mit Vertretern wankender Schichten des Proletariats, des Kleinbürgertums, die zu ihr kommen, teils weil sie das Wesen des Kommunismus, teils weil sie ihr eigenes Wesen verkennen.** Bevor eine Partei fähig ist, wirklich und nicht nur in Worten die Hand nach der Macht auszustrecken, muß sie sich zu einer einheitlichen, von einem Geist getragenen Kraft ausbilden. Dieser Prozeß kann kürzer oder länger dauern, aber überspringen kann ihn keine wirklich revolutionäre proletarische Partei. Mehr als 15 Jahre brauchte die Kommunistische Partei Rußlands, um in ununterbrochenem inneren Kampfe das zu werden, was sie ist. Ihre Gegner sahen in den Spaltungen, die von „Enthüllungen" begleitet waren, wie sie duftender Levi und Weismann niemals fabrizieren werden, einen Prozeß des Verfalls der russischen Bolschewiki. Aber es war nur der Prozeß des Werdens der Partei als einer einheitlichen revolutionären Macht. Wie höhnten die Ebert noch im Jahre 1912 über die „Gruppen und Grüppchen" der russischen Arbeiterbewegung. Heute liegt die alte deutsche Sozialdemokratie zerschlagen da, während aus dem bolschewikischen Grüppchen eine riesige Macht wurde, die die Geschicke eines großen Staates leitet. Mögen die Sozialdemokraten und mögen die Levi und Konsorten schreiben über den Zerfall der Kommunistischen Partei Deutschlands, die alle paar Monate einige Führer über Bord werfe. Die Partei wird ihren Weg gehen und jeden im Graben liegen lassen, der sie von ihrem Wege abzudrängen sucht. Und dieser Weg ist die **Sammlung der Arbeitermassen zu einer einheitlichen Front für den revolutionären Klassenkampf und nicht zur Gründung eines Diskutierklubs, zur Vertreibung der Langeweile in der Zeit zwischen zwei Revolutionen.** Um die Arbeitermassen sammeln zu können, um, wenn nötig, Uebereinkommen mit anderen Parteien schließen zu können, muß die KPD. selbst politisch einheitlich, organisatorisch diszipliniert sein; nur wenn die KPD. kein Tummelplatz verschiedener Gruppen von „Narren auf eigene Kappe" sein wird, sondern eine Kämpferschar, wird sie die einheitliche Front stark beeinflussen, sonst wird sie von der Sozialdemokratie besiegt werden. Darum ist die Reinigung der Partei von den KAG.-Leuten eine Vorbedingung des Kampfes um die einheitliche Kampffront des Proletariats.

IV. Die Fragen des Kampfes um die Einheitsfront des Proletariats.

Die Erledigung der Krise, die die Agenten Levis in der Partei hervorgerufen haben, muß schnell erfolgen, weil die Partei vor großen politischen Aufgaben steht und sich nicht länger als absolut notwendig ist, aufhalten lassen darf durch die Steine, die ihr in den Weg geworfen werden. Diese Aufgaben bestehen in der vollen Aufnahme des Kampfes um die Einheitsfront des Proletariats.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, muß die Partei vorerst manche Mißverständnisse erledigen, die sich in ihre Ideologie eingeschlichen haben durch den Gebrauch einer falschen politischen Terminologie. Wir sprechen alle von einer sozialistischen Arbeiterregierung als dem ersten Ziele des Kampfes einer allgemeinen Arbeiterfront. Daß es sich hier um eine irrige Terminologie handelt, zeigt sich die Tatsache, daß wir durch den Gebrauch des Wortes „sozialistische Arbeiterregierung" die SPD., deren Führerschaft noch heute gewillt ist, mit Stinnes in eine Koalition zu treten, dadurch als eine sozialistische Partei anzuerkennen, während der Name der Sozialdemokratie ihr kleinbürgerliches Wesen nicht einmal zu verdecken imstande ist. Bei unserem Kampf um die allgemeine Arbeiterfront handelt es sich nicht um ein Kompromiß unter sozialistischen Parteien. Was wir über die Führer der sozialdemokratischen Parteien immer gesagt haben, bleibt ohne jede Aenderung: sie sind keinesfalls Kämpfer um den Sozialismus, von dem wir uns nur durch die diktatorische Methode unterscheiden. Sie wollen gar nicht um den Sozialismus kämpfen. Es handelt sich für uns **um die Zusammenfassung der Arbeiterklasse, für den Kampf um ihre nächsten Interessen**, der in der jetzigen Weltlage sich mit der Zeit zum Kampf um die Macht auswachsen muß, wenn die Kommunistische Partei in ihm zum leitenden Faktor wird. Und da es sich für uns darum handelt, alle kampfwilligen Elemente der Arbeiterklasse zu sammeln, so können wir nicht Halt machen bei den Mitgliedschaften der Sozialdemokratie. Es gibt in Deutschland **Millionen parteiloser Arbeiter**, die gar nicht die Gedankenwelt des Sozialismus kennen, und trotzdem für Brot gegen die Teuerung und Steuern kämpfen werden. Es gibt **Millionen Arbeiter**, die aus **ländlichen** Verhältnissen kommend, der **christlichen Ideologie** anhängen, und trotzdem sich in großen Streiks gegen diese beste aller Welten schon manchmal aufgebäumt haben. An alle sie wollen wir herankommen, alle sie wollen wir für den Kampf mobilisieren. Wenn die christlichen Arbeiter sich mit dem übrigen Proletariat in Klassenkämpfen zusammenfinden, so liegen keine prinzipiellen Gründe vor, ihre Vertreter aus einer Arbeiterregierung auszuschließen, in der Vertreter der freien Gewerkschaften sitzen würden, die sich jetzt in ihrer arbeitsgemeinschaftlichen Praxis kaum von ihnen unterscheiden. Das nächste Ziel des proletarischen Kampfes in Deutschland besteht darin, daß die Arbeiterschaft als Klasse den Mut in sich findet, ihre Geschichte selbst in die Hand zu nehmen. Ob das geschieht, und wie eine solche Arbeiterregierung weiterkämpfen würde, welche Konsequenzen sich aus diesem Kampfe ergeben würden, wird von den Umständen abhängen. **Bruch der Koalition mit der Bourgeoisie, Zusammenfassung des Proletariats ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit für die nächstliegenden Ziele, das ist die nächste Aufgabe**, für die wir Kommunisten mit voller Energie eintreten wollen.

In der Auseinandersetzung, die die Idee der allgemeinen Arbeiterfront hervorrief, spielte eine Rolle die Frage, ob diese allgemeine Front von oben durch Verständigung der sich auf das Proletariat stützenden Parteien, oder von unten erfolgen soll durch den wachsenden Kampf der Arbeitermassen. Eine solche Fragestellung ist vollkommen doktrinär. Natürlich, ohne daß sich die Arbeitermassen unten in den Betrieben über alle Differenzen hinweg zusammenschließen, kann keine Macht gebildet werden, die notwendig ist, damit eine, sogar auf parlamentarischem Wege, durch eine Verständigung der Spitzenorganisationen entstandenen Arbeiterregierung auch nur drei Wochen existieren könnte. Aber es ist klar, **daß diese allgemeine Arbeiterfront sich viel leichter bilden wird, wenn die Spitzenorganisationen verzichten, gegen sie zu arbeiten, sie zu sabotieren.** Schon daran müssen wir alles tun, um den sozialdemokratischen Führern es unmöglich zu machen, zu behaupten, sie müßten sich mit Stinnes verbinden, weil keine Koalition nach links möglich ist. Je klarer, je ausdrücklicher wir den Massen zum Bewußtsein bringen, **daß wir bereit sind, trotz aller Schandtaten der Noske, uns mit den Sozialdemokraten an einen Tisch zu setzen**, desto leichter wird es sein, die Hindernisse, die sie der einheitlichen Front des Proletariats bereiten, wegzuräumen; **wenn nötig, im Kampfe gegen die Führer der Sozialdemokratie, von unten**, durch den Zusammenschluß der Arbeiter in den Betrieben.

Und weil es so ist, dürfen wir die **Frage der Arbeiterregierungen in den einzelnen Ländern nicht prinzipiell anders behandeln als die Frage der Arbeiterregierung im Reiche.** Natürlich sind die positiven Möglichkeiten, die eine Arbeiterregierung in Thüringen oder in Sachsen bietet, nicht so groß wie im Reiche. Aber dort in den einzelnen Ländern können wir den Arbeitern praktisch zeigen, wie ehrlich unser Wille ist, gemeinsam mit dem Proletariat, ohne Unterschied der Partei, zu kämpfen. Wir können eben, wenn wir die Arbeiterregierungen dort gegen die Bourgeoisie sogar unter Opfern unterstützen, die nichtkommunistischen Parteien nötigen, in jedem konkreten Falle zu zeigen, was für sie von größter Bedeutung ist: die Furcht vor der Bourgeoisie oder die Pflicht, die Interessen des Proletariats zu verteidigen. Wenn wir durch eine konsequente Politik der einheitlichen Front in den einzelnen Ländern dort die Arbeitermassen zusammenfassen, können wir diese Länder zu Stützpunkten unseres Feldzuges gegen die Koalition mit der Bourgeoisie, gegen die Gefahr einer Stinnes-Regierung machen. Die Partei soll nicht klügeln, sondern sie soll auf der ganzen Linie konsequent und systematisch für die gemeinsame Front des Proletariats kämpfen.

Und für die allgemeine Front zu kämpfen, das bedeutet, **die gesamte Kraft der Partei in den Dienst dieser Idee zu stellen.** Es genügt nicht, darüber Resolutionen im Zentralausschuß anzunehmen, und von Zeit zu Zeit polemische Artikel in der Presse zu bringen, in denen die Schlechtigkeit unserer Gegner bewiesen wird. Es ist notwendig, daß die Partei groß angelegte **Kampagnen** in jeder Stadt, in jedem Bezirk, in jedem Industriezweig und im ganzen Reiche durchführt, daß sie jeden besonderen Kampf zuspitzt auf die Frage: **für oder gegen die einheitliche Front des Proletariats?** Unsere Agitation muß an die wichtigsten Fragen des Tages anknüpfen und sie muß gleichzeitig erfüllt sein von dem Geiste unserer allgemeinen Ziele. Jeder Arbeiter muß wissen, daß die Partei in der Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats **eben den Weg zu ihrem ureigensten Ziele, zum Kampfe um den Kommunismus sieht.** Es unterliegt keinem Zweifel, daß in unseren eigenen Reihen eine Unsicherheit bestand, ob die Losung der Einheitsfront kein Abschwenken von unserem geraden Wege zum Kampfe um die Diktatur bedeutet. Aber die Diktatur des Proletariats ist unmöglich, wenn nicht große Massen des Proletariats, seine überwiegende Mehrheit sich zusammenfindet, erfüllt vom eisernen Willen zum gemeinsamen Kampfe gegen die Bourgeoisie. Dieser Wille kann nur entstehen, wenn die Arbeiter alle demokratischen Wege ausprobieren, alle Teilkämpfe durchkämpfen, um sich am Ende zu überzeugen: **es gibt keinen anderen Weg als den des Kommunismus.** Damit dieser Augenblick kommt, damit die Kommunistische Partei zur Führerin des Proletariats wird, muß sie, mit ihm alle Durchgangsstationen durchkämpfend, treu zu ihm stehen, ohne das eigene Banner zu vergessen. Die Partei muß den **Mut zur Verantwortung** haben für alles, was notwendig ist für die Arbeiterklasse, auch wenn es sich um vorübergehende Notwendigkeiten handelt, wie es eine Arbeiterregierung sein kann.

V. Die internationale einheitliche Kampffront.

Für Anfang Februar hat die **Exekutive eine erweiterte Sitzung einberufen**, zu der verstärkte Delegationen aller Kommunistischen Parteien eingeladen sind, damit die notwendigen Beschlüsse über unseren nächsten internationalen Aktionen gefaßt werden. Die nahenden großen weltpolitischen Entscheidungen über die **deutsche Reparationsfrage** und die **Anerkennung Sowjetrußlands** können es notwendig machen, sich mit anderen internationalen Arbeiterorganisationen zu verständigen über die Mittel und Wege, den Einfluß der internationalen Arbeiterklasse in die Wagschale zu werfen. Es ist klar, daß in dieser Situation Versuche von Sonderkonferenzen einzelner Parteien, wie die von der 2½ Internationale vorgeschlagene Westkonferenz, einen einheitlichen Aufmarsch nur stören würde. Es gilt vorerst, die Zeit in jedem Lande auszunützen, um die **Vorarbeiten zur Aufrichtung der einheitlichen Front in jedem Lande zu machen**, da natürlich keine Rede davon sein kann, daß ein internationales einheitliches Auftreten möglich wäre, ohne daß über die wichtigsten aktuellen Fragen in einzelnen Ländern vorher irgendeine Verständigung der Arbeitermassen zustande kommen würde.

Die KPD., die Kommunistische Internationale stehen vor großen Aufgaben. Die Kommunistische Internationale wie alle ihre Sektionen, müssen in den nächsten Wochen **alles vermeiden, was ihre Kampffähigkeit beeinträchtigen, alles tun, was ihre Kampffähigkeit stärken und erhöhen kann. Fest auf der Linie des Dritten Kongresses schreitend**, müssen die Kommunistischen Parteien im Auge behalten, daß die Politik des Dritten Kongresses auf drei Pfeilern ruht. **Der Kommunismus kann nicht siegen, ohne die Massen erobert zu haben, aber kann nicht die Massen erobern, ohne klare geeignete, fest abgegrenzte kommunistische Parteien.** Es können sich keine festen kommunistischen Parteien ausbilden, wenn sie sich nur mit der Propaganda beschäftigen, statt mit **voller Energie an den Kämpfen der Massen teilzunehmen, mit ihnen gegen die Not des Tages zu kämpfen.** Die Exekutive hofft, daß, wie der Jenaer Parteitag, wie der Zentralausschuß der Partei vom November, so wird auch der Januar-Zentralausschuß der Partei einen Schritt vorwärts in der Ausführung der Beschlüsse des Dritten Kongresses bilden.

Moskau, den 1. Januar 1922.

Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

8) Uebersetzt von Adolf Heß.

Das beleidigte sie. Sie schüttelte den Kopf und sagte: „Nein . . . ist alles gleich! Warum soll ich?"

Es war Ende November. Am Tage war auf die gefrorene Erde trockener, feiner Schnee gefallen und jetzt hörte man, wie er unter den Füßen des fortgehenden Sohnes knirschte. Gegen die Fensterscheiben lehnte sich dichte, lauernde Finsternis. Die Mutter hatte die Hände auf die Bank gestützt, saß da, blickte auf die Tür und wartete . . . .

Ihr war, als wenn in der Finsternis von allen Seiten fremde, seltsam gekleidete, schweigsame Leute vorsichtig gebückt und zur Seite blickend, heranschlichen. Jetzt ging schon jemand um das Haus herum und tastete mit den Händen an der Wand entlang.

Man hörte einen Pfiff. Er wand sich traurig und melodisch als feiner Strom durch die Stille dahin, irrte nachdenklich in der öden Finsternis umher, suchte etwas und kam näher . . . Plötzlich verschwand er unter dem Fenster, als sei er in die hölzerne Wand eingedrungen.

Im Flur scharrten ein Paar Füße, die Mutter zitterte, erhob gespannt die Brauen und stand auf.

Die Tür wurde geöffnet. Erst schob sich ein Kopf in großer zottiger Mütze in die Tür, dann glitt langsam ein langer Körper gebückt herein, richtete sich gerade, hob gemächlich die rechte Hand auf, atmete laut und sprach mit tiefer Brust stimme:

„Guten Abend!"

Die Mutter verneigte sich schweigend.

„Ist Pawel nicht zu Hause?"

Der Mensch zog langsam seine kurze Pelzjacke aus, hob einen Fuß hoch, klopfte mit der Mütze den Schnee vom Stiefel, tat dann dasselbe mit dem anderen Fuß, warf die Mütze in die Ecke und trat, auf seinen langen Beinen schaukelnd, ins Zimmer. Er ging zum Stuhl, besichtigte ihn, als wollte er sich von seiner Tragfähigkeit überzeugen, setzte sich endlich, bedeckte den Mund mit der Hand und gähnte. Sein Kopf war regelmäßig rund und glattgeschoren, die Wangen rasiert, und der lange Schnurrbart hing nach unten. Er betrachtete das Zimmer aufmerksam mit seinen großen, grauen, vorstehenden Augen, schlug dann ein Bein über das andere, schaukelte auf dem Stuhl hin und her und fragte:

„Ist das Euer Haus, oder wohnt Ihr zur Miete?"

„Wir wohnen zur Miete . . ."

„Das Haus ist nur mäßig!" bemerkte er.

„Pawel kommt bald, Ihr möchtet etwas warten!" lud die Mutter ihn ein.

„Ja ich warte!" sagte der lange Mensch ruhig.

Seine Ruhe, die tiefe, singende Stimme und sein einfaches Gesicht machten der Mutter Mut. Er blickte sie offen und wohlwollend an, in seinen tiefen, durchsichtigen Augen spielte ein lustiges Funkeln, und in seiner ganzen eckigen, gebückten Gestalt mit den langen Beinen lag etwas Komisches und für ihn Einnehmendes. Er trug ein blaues Hemd und ein schwarzes, weites Beinkleid, das in die Stiefel gesteckt war. Sie wollte ihn fragen, wer er wäre und woher er käme, ob er schon lange ihren Sohn kenne, aber plötzlich schaukelte er wieder mit dem ganzen Leib und fragte sie seinerseits:

„Wer hat euch über die Stirn gehauen, Mütterlein?"

Er fragte freundlich, mit deutlichem Lächeln in den Augen; doch das Weib wurde durch diese Frage gekränkt. Sie preßte die Lippen fest zusammen, schwieg einen Augenblick und erkundigte sich dann kalt und gewichtig:

„Was geht Sie das an, mein Herr?"

Er lehnte sich mit dem ganzen Körper gegen sie und sagte:

„Seid mir nicht böse! Ich habe nur deswegen gefragt, weil meine Ziehmutter ebenfalls einen Hieb über den Kopf bekommen hat, genau so wie Ihr. Die hat nämlich ihr Schatz gehau'n, der Schuster, mit dem Leisten — ratsch! Sie war Wäscherin und er Schuster. Sie hat den Trunkenbold erst, nachdem sie mich als Sohn angenommen, irgendwo gefunden, zu ihrem großen Kummer . . . Der hat sie geprügelt, sage ich euch! Mir ist vor Angst die Haut geplatzt."

Die Mutter fühlte sich durch seine Offenheit entwaffnet, und ihr kam der Gedanke, daß Pawel vielleicht wegen ihrer unfreundlichen Antwort, die sie diesem Sonderling gegeben, böse sein könne. Sie lächelte schuldbewußt und sagte:

„Ich bin nicht böse, aber Ihr habt so plötzlich gefragt. Der teure Gatte hat mir das verehrt . . . Gott hab' ihn selig! . . . Ihr seid doch kein Tartar?"

Der Mensch baumelte mit den Beinen und lächelte so breit, daß seine Ohren bis zum Scheitel rückten. Dann sprach er ernst:

„Nein, bis jetzt noch nicht!"

„Eure Aussprache kommt mir nicht ganz russisch vor, erklärte die Mutter lächelnd.

„Sie ist besser als die russische!" meinte der Gast, vergnügt den Kopf wiegend. „Bin ein Kleinrusse, aus Kanew."

„Seid Ihr schon lange iher?"

„Hab' ungefähr ein Jahr in der Stadt gelebt, bin aber jetzt vor einem Monat zu Euch in die Fabrik gezogen. Hab' hier gute Menschen gefunden — Euren Sohn und ein paar andere . . . . Will mich hier etwas aufhalten!" sagte er, seinen Schnurrbart zausend.

Er gefiel ihr. Sie empfand den Wunsch, ihm seine Bemerkung über den Sohn mit etwas zu vergelten und machte ihm den Vorschlag:

„Vielleicht trinkt Ihr ein Gläschen Tee?"

„Wie werde ich allein zugreifen?" erwiderte er achselzuckend. „Wenn alle da sind, dann könnt Ihr uns traktieren . . . ."

Er erinnerte sie an ihre Furcht.

„Wenn doch alle so wären wie dieser!" wünschte sie in ihrem Innern.

Wieder ertönten Schritte im Flur, die Tür wurde schnell geöffnet. Die Mutter stand auf. Zu ihrem Erstaunen trat ein ärmlich und leicht gekleidetes Mädchen von mittlerem Wuchs, mit dem schlichten Gesicht einer Bäuerin und einem dicken, hellen Zopf in die Küche. Sie fragt leise:

„Komme ich zu spät?"

(Fortsetzung folgt.)

Ein Musterexemplar einer Hauswirtin.

Die Breslauer Hausbesitzer bewiesen in einer kürzlich abgehaltenen (und hier berichteten Versammlung, daß sie mit der größten Rücksichtslosigkeit ihre Forderungen durchzudrücken versuchen. Sie fordern unter anderem: Die freie Verfügung über das Eigentum sofort zurückzugeben, sowie Beschränkung des Mietseinigungsamtes auf Wucherfälle. Daß diesen Forderungen nicht stattgegeben werden darf, zeigt folgender Vorfall.

Die Hausbesitzerin . . . ., Mollwitzerstraße 10, beschäftigte eine Hausmeisterin. Am 11. d. Mts. starb die Frau an Lungenschwindsucht. Diese Krankheit wird zum nicht geringen Teil darauf zurückzuführen sein, daß sie als Hasmeisterin bei Wind und Wetter, Schnee und Eis frühzeitig auf die Straße mußte. Sicher ist, daß durch ihre Tätigkeit als Hausmeisterin ihr Tod beschleunigt wurde. Die Verstorbene war noch nicht unter der Erde, da stellte sich die Hauswirtin ein, kündigte dem Mann Stellung und Wohnung, und verlangte, daß er in 14 Tagen die Wohnung zu räumen habe. Es gibt keine Worte, diese Roheit dieses weiblichen Hauspaschas zu kennzeichnen. Wie eine Hyäne erscheint sie und verlangt, angesichts der Tatsache, daß die Leiche kaum erkaltet ist, Räumung der Wohnung. Wirklich — die Geduld der Proleten ist riesengroß, aber einmal wird sie doch reißen und dann wehe denen, die sich so an den Menschen versündigen.

Liegnitz. Ein unglaublicher Vorgang.

Zu der unter dieser Ueberschrift von uns in Nr. 269 vom 29. November 1921 gebrachten Notiz ersucht uns der Regierungspräsident von Liegnitz auf Grund des § 11 des Pressegesetzes folgendes zu veröffentlichen:

„Die Vernehmungen aller in Frage kommenden Beamten haben übereinstimmend ergeben, daß

1. die Feststellung der Personalien des Boese auf dessen ausdrücklichen Wunsch auf der Wache Karthaus erfolgte, wohin er geführt zu werden verlangt hatte,

2. während des Ganges nach der Wache und bei seiner Vernehmung dort von seiten der Beamten Boese nicht beschimpft oder mißhandelt worden ist,

3. die einseitige Wiedergabe der Vorgänge in der Beschwerde des Boese wie auch in dem betreffenden Artikel dadurch erklärlich wird, daß es sich um einen Nervenkranken handelt. Dies beweist eine ärztliche Bescheinigung neueren Datums, die sich bei den Papieren des Boese befand, und die Tatsache, daß er sich seit Ende Dezember wegen Geisteskrankheit im städt. Krankenhaus in Liegnitz befindet. Nur aus dem Grunde zu Nr. 3 sah das Kommando der Schutzpolizei Liegnitz von einem Strafantrag gegen Boese wegen Beleidigung ab."

Kotzenau. Generalversammlung der KPD.

Am Freitag, den 13. d. Mts. fand im Kronsteinschen Lokale die Jahresversammlung unserer Ortsgruppe statt. Genosse Hamann gab im 1. Punkt der Tagesordnung einen ausführlichen Bericht über die Konferenz von Nieder-Salzbrunn, der von den Genossen und Genossinnen mit großem Interesse verfolgt wurde. Zum Punkt 2 des Jahresberichts ergriff der Vorsitzende, Genosse Obst, das Wort und schilderte die im Laufe des Geschäftsjahres geleistete Arbeit. Zum Punkt 3, Neuwahl des Vorstandes, wurde einstimmig als 1. Vorsitzender Genosse Willi Obst wiedergewählt. 2. Vorsitzender wurde Genosse Gustav Peschel, Kassierer Genosse Paul Ladwig, Landagitator (einstimmig durch Zuruf) Genosse Gustav Trogisch, Vertrauensmann für die Produktivgenossenschaft der Genosse Lehmann, für die Frauenbewegung Genossin Frau Mende und Berichterstatter Genosse E. Wolff. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende alle, recht tüchtig mit zu arbeiten im neuen Geschäftsjahr. Der Punkt Verschiedenes brachte eine rege Aussprache. Genosse Gräf hält am Montag, den 16. d. Mts. eine öffentliche Versammlung der Landarbeiter in Jacobsdorf Kreis Lüben ab, zu welcher wir die Vorarbeiten leisten werden. Um 11 Uhr wurde die Versammlung vom Genossen Obst geschlossen.

Vom Arbeiter-Sportkartell.

Am Sonnabend, den 14. d. M. hielt das Arbeiter-Sportskartell im Saale des Herrn Kronstein seine Erstversammlung ab. Kollege Karl Böhm gab einen Rückblick auf die im Geschäftsjahr geleistete Arbeit. Mit Freuden ist zu verzeichnen, daß die Arbeiter-Sportvereine an Mitgliedern ständig zunehmen, daß auch in der Umgebung sich neue Arbeiter-Sportsvereine bilden. Der Punkt Neuwahl des Vorstandes zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender wurde Genosse Erich Wolf-Kotzenau, 2. Vorsitzender Genosse Obst, 1. Schriftführer Kollege H. Schehne, stellvertretender Schriftführer Kollege Kröhn, 1. Kassierer Kollege Woibse, stellvertretender Kassierer Gramsch. Das Kartell umschließt die Arbeiter-Radfahrervereine Kotzenau, Groß-Kotzenau, Seebnitz-Jakobsdorf, Neuhammer, den Turnverein „Frei Heil"-Kotzenau, den Fußballklub „Falke" und den Gesangverein „Heideröschen". Mit einem kräftigen „Frei Heil" wurde die Jahresversammlung geschlossen.

Landarbeiter-Versammlungen.

Unsere Ortsgruppe hatte am Montag, den 16. Januar eine öffentliche Versammlung in Jakobsdorf einberufen, die von 50 Personen besucht war, und in der Genosse Gräf über das Thema: „Wer soll den Krieg bezahlen", sprach.

Die Anwesenden folgten mit starkem Interesse den Ausführungen des Referenten. In der dem Referat folgenden Pause konnten wir für 31 Mark Broschüren und eine Anzahl „Schles. Arbeiterzeitungen" absetzen. Die Tellersammlung hatte einen Ertrag von 22 Mark.

Die Diskussion, die nun einsetzte, war eine äußerst lebhafte. Sie wurde geführt ohne Gehässigkeit und war von dem ehrlichen Bestreben geleitet, einen Ausweg aus dem Elend der kapitalistischen Mißwirtschaft zu finden. Genosse Obst versprach den Anwesenden, bald wieder eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um die Diskussion fortzusetzen. — Wir haben unter der werktätigen Bevölkerung Jakobsdorf Vertrauen gewonnen. Das ist ein großer Fortschritt, weil auch die Hetze gegen die KPD. hier mit allen Mitteln betrieben wurde.

Die von unsren Genossen in Reisicht vorbereitete Landarbeiterversammlung war von etwa 50 Personen besucht und war die Stimmung eine ganz ausgezeichnete. Die Diskussion, die sehr interessante Tatsachen über den Junker von Senden zutage förderte, war recht wirksam. Unter anderem sprach ein Landarbeiter, den man mit fünf Kindern entlassen hatte und jetzt auf die Straße setzen will. — Nach der Versammlung konnten wir kaum die Fülle der Anfragen bewältigen, die an uns von den Landarbeitern gerichtet wurden. — Es wäre gut, wenn der D. L. V. hier einmal hinschauen wollte.

Auch hier haben wir Fuß gefaßt. — Es geht vorwärts!

Striegau. Generalversammlung.

Am Sonntag, den 15. Januar 1922, fand im Gasthaus zu Radewagen die Generalversammlung der Ortsgruppe Striegau der KPD. statt. Vorsitzender und Kassierer gaben Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe vom vergangenen Jahre. Für Rußland wurden gesammelt und abgeschickt 1109,85 Mk., für die Rote Hilfe 500 Mk. Der Kassierer Scholz verlas die Abrechnungen, die von den Revisoren geprüft und als richtig befunden waren. Zum Gedächtnis von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die vor 3 Jahren von Noskes Henkerknechten ermordet wurden, hielt Genosse Frenzel eine Ansprache. Unsere Ortsgruppe hat im vergangenen Jahr gute Fortschritte zu verzeichnen, auch die „Schlesische Arbeiterzeitung" hat an Abonnenten zugenommen. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Thomas gewählt. F.

Warum leiden die Frauen Not?

Diese Frage beantwortet Genossin Minna Reichelt, Berlin, heut abend in einer von der KPD.-Breslau einberufenen öffentlichen Versammlung. Die Genossin Reichert läßt es nicht nur bei der Beantwortung dieser Frage bewenden, sie wird auch den Weg zeigen, den einzig gangbaren Weg aus diesem Elend. Deshalb muß jede denkende Frau diese Versammlung aufsuchen. Arbeiterinnen und Arbeiter, Genossinnen und Genossen, kommt deshalb alle am Montag abend 7 Uhr nach dem Lokal „Sanssoucie". Mehlgasse 11.

Dittersbach. Mitgliederversammlung.

Am Sonntag, den 15. Januar, fand unsere fällige Mitgliederversammlung, verbunden mit einer Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnisfeier, statt. Nach Protokollverlesung erstattete Genosse Schulz den Bericht von der Parteikonferenz in Nieder-Salzbrunn, der eine rege Diskussion auslöste. Die Genossen wollen die Einheit der Partei und verurteilen das parteischädigende Verhalten der Genossen Frießland usw. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung begründete Genosse Köhler die Beitragserhöhung, über die Produktivgenossenschaft und internationale Kampffondsmarken. Die Genossen erkannten die Notwendigkeit der Beitragserhöhung an. Vom Genossen Gottschling wurde im besonderen nochmals die Wichtigkeit der Produktivgenossenschaft betont. Zum Vertrauensmann der Produktivgenossenschaft wurde Genosse Paul Rudolph gewählt. Genosse Hannig und Genossin Schönfelder sprachen über die Jugend- und Frauenfrage. Die Genossen wurden aufgefordert, mehr als bisher die Frauen zu den Parteiveranstaltungen mitzubringen. Am Sonntag, den 22. Januar, vormittag 9 Uhr, findet im Vereinszimmer Friedenshoffnung eine Zusammenkunft der Jugendlichen statt, um eine Ortsgruppe der KJ. zu gründen. Genossen, schickt alle eure schulentlassenen Kinder dahin und führt sie der KJ. zu.

Der Plan, Anschaffung einer Fahne, fand stürmische Zustimmung. Es wurde sofort ein Fahnenfonds geschaffen. Die Sammlung hatte das schöne Ergebnis von 88,50 Mk. Genosse Lindner wurde von der Versammlung dazu bestimmt, das Geld zu verwalten. Es herrschte wieder ein vorzüglicher Geist in der Versammlung, auch konnten wieder 4 Neuaufnahmen, darunter 3 Frauen, gemacht werden. Die Genossen begrüßten es auch, daß sich dank der einwandfreien Leitung die Ortsgruppe langsam aber stetig hebt.

Genossen! Der immer stärker werdende Mitgliederbesuch muß noch besser werden, auch der letzte Genosse muß zur Stelle sein in den Versammlungen.

So hatte sich die Tagesordnung erschöpft und Genosse Köhler eröffnete die Gedächtnisfeier und erteilte dem Genossen Schulz das Wort zu der Ansprache, die nicht ohne Eindruck blieb. Anschließend wurde die Internationale gesungen, begleitet von Mandolinen- und Guitarre-Spiel unserer Genossen. Die gut besuchte und imposant verlaufene Versammlung wurde unter bester Kampfesstimmung geschlossen. R. Sch.

Altwasser. General-Versammlung.

Am Sonntag, den 15. Januar, hielt die hiesige Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung, Bericht über die Parteikonferenz in Nieder-Salzbrunn, fand seine glatte Erledigung dadurch, daß sich die Versammlung einstimmig mit den Beschlüssen der Konferenz sowie der Bezirksleitung und Zentrale einverstanden erklärte. Genosse Jahn gibt dann den Kassenbericht über den Monat Dezember und anschließend des vergangenen Jahres. Genosse Berger bestätigte a Revisor die Richtigkeit der Kassenführung. Für die Rote- u Rußland-Hilfe wurden über 2000 Mark gesammelt. Geno Reichel stellte im Jahresbericht fest, daß sich sowohl die M gliederzahl als auch die Leser der „Schles. Arbeiter-Zeitung" tr aller Schikanen und Verleumdungen der bürgerlichen Zeitung mitsamt der Bergwacht, von Monat zu Monat erhöht hat. ermahnt die Genossen zur weiteren regen Agitation für uns Presse und Partei. Nachdem Genosse Jahn Entlastung erte worden war, rügten die Genossen Hilfe und Petzelt das unpün liche Erscheinen einiger Mitglieder zu den Versammlungen. die Ortsleitung wurden folgende Genossen gewählt: Vorsitzend Reichel, Stellvertreter R. Petzelt, Kassierer Langer, Stellvertret Menzel, Schriftführer Scheibig, Stellvertreter A. Petzelt, Rev soren Berger und Kintscher, Rote- und Rußland-Hilfe Bör, Pre G. Jahn und Broschüren-Vertrieb R. Petzelt. Sämtliche G nossen nahmen die Wahl an und dankten für das geschenk Vertrauen. Unter Verschiedenem wurde auf die schwierigen Ve hältnisse der Zeitungkolportage hingewiesen. Genosse A. Petze stellte den Antrag, daß jedes Mitglied monatlich 50 Pfg. meh für die Zeitung zahlen soll und daß dieses Geld für die Zeitungs austräger bestimmt wird. Der Antrag fand einstimmige An nahme. Nachdem Genosse Reichel einige Ausführungen üb unsere Produktiv-Genossenschaft gemacht hatte, wurde Genos R. Petzelt als Vertrauensmann gewählt. Die Genossen mög sich so schnell wie möglich mit ihren Anteilen dorthin begebe Für die am Freitag, den 20. d. M. einberufene öffentlic Volksversammlung, die im „Eisernen Kreuz", abends 7 Uhr, sta findet, und für die Genossin Minna Reichert, Berlin, als Ref rentin gewonnen wurden, soll eine rege Agitation entfalt werden. Nachdem unsere Vorkämpfer und Helden Karl Liebkne und Rosa Luxemburg und ihr Todestag durch Erheben von de Plätzen geehrt wurde, fand die Versammlung ihr Ende. R.

Neu-Salzbrunn. Von der Partei.

Am Sonntag, den 15. Januar, fand im „Finsterbrunn" unse diesjährige Generalversammlung statt. Genosse Vogt gab de Jahresbericht. Er schilderte die Arbeit, die im vergangenen Jah geleistet wurde. Durch Verhaftung und Maßregelung suchte ma auch unsere Ortsgruppe zu schädigen. Trotz der schweren Krisen die unsere Partei zu bestehen hatte, steht unsere Ortsgrupp gefestigt da. Genosse Sender gab den Bericht über die Rußlan Hilfe und die Rote-Hilfe. Viel ist von unseren Genossen für unse Brüder in den Zuchthäusern und Gefängnissen sowie für di Hungernden Rußlands getan worden, aber trotzdem darf unse Sammeltätigkeit nicht erlahmen.

Neugewählt respektiv wiedergewählt wurden folgende Ge nossen: 1. Vorsitzender Vogt, 2. Vorsitzender Weber, Kassiere Förster, Schriftführer Lindner. Unterkassierer sind die Genosse Bettermann, Kühnel, Sachs, Hoffmeister und Scholz Paul. Jugend Obmann bleibt Genosse Lindner. Genosse Vogt forderte alle au wieder rege mitzuarbeiten, dann wird es auch weiter vorwärt gehen. Nachdem noch Genosse Melzer über Organisation gesproche hatte, schloß Genosse Vogt mit einem Appell zur regen Mit arbeit die Versammlung. F. B.

Landeshut. Frauen-Versammlung.

Die öffentliche Frauenversammlung am 18. d. M. in de „Sonne" war gut besucht, hervorzuheben ist, daß die Frauen am stärksten vertreten waren. Genossin Reichert-Berlin sprach über „Die Not der Frau. Sie wies in ihrem Referat nach, in welche erbärmlichen Lage sich gerade die Frauen des Proletariats in „freiesten Staate der Welt" befinden. Die Ausführungen der Refe rentin, die von Anfang bis zu Ende eine einzige scharfe Anklag gegen das brutale Ausbeutersystem und ihre Schergen waren haben ihren Zweck in Landeshut gewiß nicht verfehlt. Ein Dis kussionsredner appelierte an die verärgerten und abseitsstehenden Klassengenossen. Die jetzige Situation erfordere intensive Mit arbeit jedes einzelnen. Daran anknüpfend teilte ein Genosse mit welchen Herrenstandpunkt die hiesigen Textilbarone, insbesondere der Dr. Frahne, einnehmen! Unverblümt teilt er seinen Arbeitern mit, daß er den Zeitpunkt einer Aussperrung für gekommen hält sobald sich die Arbeiter nur rühren werden. Das beweist, daß nur die einheitliche Front der Proletarier durch rücksichtslosen Klassen kampf diesen Drohnen der Gesellschaft die Macht aus der Hand winden wird. Während der Diskussion fanden unsere Schriften reichlichen Absatz und wurden 28 Abonnenten für die „Kommu nisten" gewonnen. In ihrem Schlußwort entlarvte die Genossin Reichert die gemeine Denunziation der „Schlesischen Bergwacht". Nichts als Niedertracht und als Furcht hat die Bergwacht zu dieser Lüge getrieben; man wollte die Tätigkeit unserer Ge nossin Reichert in Schlesien unterbinden. F. K.

Quittung.

Für Dezember rechneten ab: Ohlau, Neu-Salzbrunn, Striegau und Nieder-Gutschdorf. Nieder-Salzbrunn (G.) hat für Dezember rechtzeitig und voll abgerechnet.

Für Januar: Alt-Lässig, Bolkenhain, Dürr-Hartau, Kotzenau, Lehmwasser, Peterswaldau, Warmbrunn und Ziegenhals. Teilzahlung: Freiburg.

Liebknecht-Zeitung: Altwasser und Freiburg.

Expedition der „Schles. Arbeiter-Ztg.", Müller.

Alle Postsendungen,

die nicht genügend frankiert an die Expedition, den Verlag, die Redaktion oder die Bezirksleitung gesandt werden, schwächen Eure Kassen und helfen der Regierung zur Ueberwindung ihrer finanziellen Schwierigkeit. Die Arbeiterschaft hat keine Ursache sich freiwillig noch mehr Steuern aufzuerlegen, sie wird deshalb alle Postsendungen auf das Notwendigste beschränken, das Notwendigste aber richtig frankieren. Der Verlag.

Zirkus Busch.

Andreas Hofer betitelt sich der neue Trabtieil-Akt, den Camilio Mayer allabendlich im Zirkus Busch ausübt. Er feiert große Erfolge mit dieser Attraktion.

Die billigsten
Raglans • Anzüge • Joppen
bekommen Sie direkt aus der Werkstatt, noch so lange der Vorrat reicht im
Herren-Bekleidungshaus
R. Partetzke.

Inserieren bringt Erfolg!

Ich kaufe Herren-Garderobe
Anzüge, Ueberzieher, Jacketts, Gehrock- u. Frack-Anzüge etc.
Militär-
neu u. gebraucht
Hadamek,

Gut erhaltene Metall-Kinderbettstelle zu kaufen gesucht.

[illegible]

Soeben erschienen!
Clara Zetkin und Henri Walecki
Dem Reformismus entgegen
Inhalt: Reden auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens in Mailand mit einer Einleitung über die Ergebnisse des Parteitages. Erklärung der Delegation des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale — 72 Seiten
Preis: Mk. 6.—. Organisationsausgabe: Mk. 4.50
Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg
alle Buchhandlungen und Auslieferungsstellen der KPD.

Austrägerin
für Ohlauer Tor gesucht.
Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zt
Nikolaistraße 49/50.

Kleine Werkstatt in Breslau
sofort zu mieten gesucht. Angebote die Expedition der Schlesischen Arbeit Zeitung, Nikolaistraße 49/50, I.

Parteigenossen
decken ihren gesamten Bedarf an kommunistischer Literatur, Jugendschriften, Unterhaltungslektüre in der
Kommunistischen Bücherei
Breslau, Gräbschenerstraße 45.